

# **Möglichkeiten und Grenzen der Freiraumplanung in der DDR am Beispiel der Wissenschaftlichen Sammlungen des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)**

- erläutert am Beispiel Ernst-Thälmann-Park Berlin -

## **Diplomarbeit**

im Studiengang Archiv  
des Fachbereichs Informationswissenschaften  
an der Fachhochschule Potsdam

**Ansgard Vieth**

Erstprüfer: Prof. Dr. Hartwig Walberg

Zweitprüfer: Dipl.-Hist. Alexander Obeth, IRS

Berlin, 30. Juni 2009

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>2</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>4</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>4</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>4</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>5</b>
1.1 Einführung.....	5
1.2 Aufbau der Arbeit .....	6
1.3 Definitionen .....	7
<b>2 Geschichtliche Entwicklung der Freiraumplanung bis zur Gründung der DDR ....</b>	<b>10</b>
2.1 Freiraumplanung als Bestandteil in der städtebaulichen Entwicklung gegen Mitte des 20. Jahrhunderts und in der Weimarer Republik .....	10
2.2 Freiraumplanung im Nationalsozialismus bis zur Gründung der DDR .....	13
2.3 Zwischenfazit .....	16
<b>3 Entwicklung der Freiraumplanung in der DDR.....</b>	<b>17</b>
3.1 Nachkriegsjahre und Sowjetische Besatzungszone in Berlin.....	17
3.2 Freiraumplanung in der DDR ab 1950.....	20
3.2.1 Entwicklung der Freiflächenarten und -kategorien .....	22
3.2.1.1 Im Zeitraum von 1976 bis 1980 .....	23
3.2.1.2 Im Zeitraum von 1981 bis 1985 .....	24
3.2.1.3 Im Zeitraum von 1986 bis 1990 .....	26
3.3 Freiflächensysteme .....	29
3.4 Aufgaben und Ziele von Freiflächensystemen.....	31
3.5 Planung und Gestaltung von Freiflächen im Wohnbereich .....	32
3.6 Zwischenfazit .....	37

<b>4 Bedeutende Personen in der DDR-Freiraumplanung .....</b>	<b>39</b>
4.1 Landschafts- und Gartenarchitekt Reinhold Lingner .....	39
4.2 Landschaftsarchitekt Johann Greiner .....	41
4.3 Garten- und Landschaftsarchitekt Erhard Stefke .....	43
<b>5 Freiraumplanung am Beispiel Ernst-Thälmann-Park Berlin.....</b>	<b>45</b>
5.1 Erste Vorstudien und Planungen zum Ernst-Thälmann-Park.....	45
5.2 Die IV. Städtische Gasanstalt.....	46
5.3 Das Projekt zum 100. Geburtstag von Ernst Thälmann .....	48
5.4 Der Ideen-Wettbewerb zur Planung und Gestaltung des Ernst- Thälmann-Parks .....	49
5.4.1 Ernst-Thälmann-Denkmal mit Kundgebungsplatz .....	51
5.4.2 Wohnensemble mit gesellschaftlichen Einrichtungen.....	52
5.4.3 Park mit Freizeiteinrichtungen.....	53
5.4.4 Kulturzentrum und Großplanetarium .....	53
5.5 Fertigstellung und Einweihung .....	55
5.6 Die Sicht der Bevölkerung .....	55
5.7 Ernst-Thälmann-Park – heute .....	57
<b>6 Zusammenfassung.....</b>	<b>59</b>
<b>Anhang – Abbildungen zum Ernst-Thälmann-Park.....</b>	<b>62</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>67</b>
<b>Erklärung .....</b>	<b>73</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: ETP-Modell um 1983 mit den drei Gasometern.....	45
Abb. 2: Ein Teil des Gaswerks.....	47
Abb. 3: Das endgültige Modell des Ernst-Thälmann-Park.....	50
Abb. 4: Die Sprengung der Gasometer.....	56
Abb. 5: Das mit Graffiti beschmierte Ernst-Thälmann-Denkmal.....	57

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Die von Martin Wagner konzipierten sieben Altersgruppen und acht Freiflächenarten.....	22
Tab. 2: Die drei Freiflächenkategorien mit den dazugehörigen Freiflächenarten sowie Beispielen.....	28
Tab. 3: Freiflächenanteil der gesamten Fläche eines Wohngebiets in m <sup>2</sup> /Einwohner .....	34

## Abkürzungsverzeichnis

BRD	Bundesrepublik Deutschland
DBA	Deutsche Bauakademie
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ETD	Ernst-Thälmann-Denkmal
ETP	Ernst-Thälmann-Park
IRS	Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
VEB	Volkseigener Betrieb

### Anmerkung zur Rechtschreibung und zum Satz

Innerhalb von Zitaten wurde die jeweils im Original verwendete Rechtschreibung übernommen. Kursiv geschriebener Text deutet auf den Titel einer Publikation hin.

# 1 Einleitung

## 1.1 Einführung

Schaut man sich die heutigen Großstädte an, in den alten sowie in den neuen Bundesländern, findet man kaum eine Straße, die nicht mit Bäumen oder Sträuchern bepflanzt ist. Kleinere Grünflächen und Parkanlagen sind zahlreich vorhanden, auch an begrünten Innenhöfen mangelt es kaum. Selbst in den Zentren der großen Städte muss die Bevölkerung nicht auf Grünanlagen verzichten. Weiträumig angelegte und überwiegend mit Blumen- und Pflanzenbeeten ausgestattete Fußgängerzonen ermöglichen den verkehrsfreien Aufenthalt innerhalb der Stadt. Doch die städtische Freiraumplanung hatte nicht immer diese Bedeutung. Erst mit der steigenden Bevölkerungszahl der Städte, dessen Folge die ersten Stadterweiterungen waren, begann man die positive Wirkung von Park- und Grünanlagen zu nutzen und in die Planungen der Stadterweiterungen mit einzubeziehen.

Die wachsende Bevölkerung innerhalb der Städte, die aus der sogenannten Landflucht resultierte, benötigte zu Beginn der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts mehr Raum zum Leben. Stadterweiterungen wurden durchgeführt, um dem Wohnungsmangel gerecht zu werden. Da Deutschlands Städte überwiegend durch die mittelalterlichen oder barocken Stadtbefestigungen geprägt waren, begann man diese Befestigungsanlagen zu verschieben, womit die bestehende Stadtstruktur erhalten blieb. Die Folgen waren soziale und hygienische Probleme, wie der Wohnungsmangel oder Krankheiten, die die Stadtplaner dazu veranlassten, erste Grünzüge in die Stadterweiterungen mit einzubeziehen. Im Laufe der Jahrzehnte änderten sich die Funktionszuweisungen an die von der Bebauung freizuhaltenen Flächen sowie die Anforderungen an Grünflächen vor allem seitens der Stadtplaner.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen Überblick zur geschichtlichen Entwicklung der Freiraumplanung in Deutschland zu vermitteln. Dabei wird u. a. auf die verschiedenen Funktionen von Freiflächen eingegangen. Darauf aufbauend wird die Entwicklung der Freiraumplanung innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) dargestellt. In den behandelten Kapiteln wird aufgrund der kurzen Einarbeitungsphase lediglich auf die Entwicklung der städtischen Freiraumplanung eingegangen. Die Freiraumplanung, die in kleineren Siedlungen und Dörfern angewandt wurde, ist nicht Thema dieser Arbeit. Anhand der im dritten Kapitel vorgestellten Methoden zur Planung und Gestaltung von Frei-

flächen wird am Beispiel des Ernst-Thälmann-Parks (ETP) in Berlin-Prenzlauer Berg die praktische Anwendung der Freiraumplanung erläutert und aufgezeigt, dass die Meinungen der Bevölkerung nicht immer mit denen der Verantwortlichen konform waren.

## 1.2 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in fünf Themenabschnitte. Nach der Einleitung wird im zweiten Kapitel die Entwicklung der deutschen Freiraumplanung beschrieben, deren Anfänge in der städtebaulichen Entwicklung in den 1850er Jahren lagen. Dabei werden die verschiedenen Instrumente der Freiraumplanung aufgezeigt und die Möglichkeiten der Planung und Gestaltung von Freiflächen dieser Zeit vorgestellt.

Zum Ende der Weimarer Zeit um 1930 stagnierte die Entwicklung der Freiraumplanung, da der Wohnungsbau und die Erweiterung des Verkehrsnetzes in den Mittelpunkt der Architekten und Stadtplaner rückten. Auch in der Zeit des Zweiten Weltkriegs war der Bau von Wohnungen und speziell von monumentalen Bauten vorrangig. Der Versuch, nach 1945 an die Leitlinien der 1920er Jahre anzuknüpfen, wurde vorläufig durch die Teilung Deutschlands verhindert. Die DDR, wie auch die Bundesrepublik Deutschland (BRD) begannen ab 1950 unabhängig voneinander Freiraumkonzeptionen zu entwickeln. An dieser Stelle sei erwähnt, dass in dieser Arbeit nicht auf die Planungen der BRD eingegangen wird.

Im folgenden dritten Kapitel wird die Entwicklung der Freiraumplanung innerhalb der DDR beschrieben. Vollständigkeitshalber wird auch auf die Zeit der sowjetischen Besatzung ab 1945 eingegangen. Anschließend wird die Freiraumplanung in der DDR ab 1950 anhand verschiedener Gesetze dargestellt. Die Aufgaben und Ziele werden erläutert und die Planung und Gestaltung von Freiflächen aufgezeigt. Darauf aufbauend werden die verschiedenen Freiflächenarten und -kategorien erklärt.

Im vierten Kapitel der Arbeit wird auf das Leben und Wirken von drei bedeutenden Garten- und Landschaftsplanern aus der DDR eingegangen, die viel zum heutigen Aussehen der Städte beigetragen haben. Um den Bezug zum ETP herzustellen, wird ein Akteur beschrieben, der maßgeblich zu dessen Freiflächenkonzept beigetragen hat.

Im fünften Kapitel der Arbeit wird anhand des ETP in Berlin ein bezeichnendes Beispiel geliefert, wie die theoretischen Planungen zur Wohnungsfrage in die Praxis umgesetzt wurden. Anders als bei den Planungen der Siedlungen in Berlin-Marzahn (ab 1975) oder

Berlin-Hellersdorf (ab 1980) beispielsweise wurde der ETP als erstes Projekt innerhalb einer bebauten Stadt realisiert. Dabei galt es nicht nur die Wohnungsnot zu lösen, sondern auch die bestehende Struktur des Geländes so zu bebauen, dass eine Einheit von Städtebau, bildender Kunst und Architektur entstehen sollte. Um das Bauvorhaben verwirklichen zu können, wurde langfristig die Stilllegung des Gaswerks Dimitroffstraße geplant, an dessen Stelle der ETP gebaut wurde. Die beste Möglichkeit, die Wohnungsfrage mit der Planung ausreichender Grünflächen und infrastruktureller Einrichtungen zu verbinden und umzusetzen, sollte ein ausgeschriebener Ideenwettbewerb aufzeigen. Nach einigen Änderungen des prämierten Siegerentwurfs entstand das letztlich ausgeführte Konzept. Die Planungen sahen eine Gliederung des Parks in vier Bereiche vor, welche kurz vorgestellt werden. Was 22 Jahre nach der Einweihung des ETP von den einst gebauten kulturellen und infrastrukturellen Einrichtungen noch vorhanden ist und wie der Park heute aussieht, wird im letzten Abschnitt des fünften Kapitels beschrieben. In der Zusammenfassung werden abschließend die aufgezeigten Zusammenhänge erläutert und die Grenzen der Freiraumplanung angeführt.

Im Anhang befinden sich Abbildungen aus der Zeit von 1983 bis 1986, welche mit Fotografien von 2009 verglichen werden.

### **1.3 Definitionen**

Freiraumplanung, Freiraum, Freiflächensystem, Freifläche und Grünfläche sind Begriffe, die näher erläutert werden müssen, um die Abgrenzung zu verwandten Begriffen aufzuzeigen.

In einem Artikel des Handwörterbuchs der Raumordnung von Kaspar Klaffke wird der Begriff Freiraumplanung als Instrument definiert, welches für die Planung und Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege genutzt wird sowie die Planung für eine menschenwürdige Stadt umfasst. Sie soll der räumlichen Planung im Städtebau und dem ausgewogenen Verhältnis von Siedlungsflächen und Freiräumen nützlich sein. Freiraumplanung soll den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes sowie die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Der Begriff Freiraumplanung ersetzt mehr und mehr die Begriffe Grünplanung oder Grünordnung, da Freiraumplanung nicht nur auf die Vege-

tationsflächen beschränkt bleibt, sondern auch soziale Aufgabenfelder und die Dimension des Raumes berücksichtigt.<sup>1</sup>

In einer weiteren Ausführung des Handwörterbuchs von Ernst-Hasso Ritter umfasst der Begriff Freiraum den vom Menschen überwiegend durch Vegetationselemente eingerichteten und ausgestatteten Raum. Freiraum wird als der Teil der Erdoberfläche definiert, der in naturnahem Zustand oder dessen Nutzung mit seiner ökologischen Grundfunktion vereinbar ist. Weiter heißt es, dass Freiraum ökologische Funktionen erfüllt, wie z. B. als Lebensraum für Tiere, für die Klima- oder Landschaftsbildung, und in ihm bestimmte Raumnutzungen, beispielsweise die Erholung der Bevölkerung oder die Fischerei, stattfinden.<sup>2</sup>

Der Begriff Freiflächensystem ist in dem Standard TGL 113-0373 *Freiflächen. Grundsätze und Richtzahlen für die generelle Stadtplanung* aus dem Jahr 1964 erläutert. Demnach ist unter Freiflächensystem ein Instrument der Flächennutzungsplanung zu verstehen, was als Ordnungs- und Gestaltungsprinzip für die Entwicklung und Weiterentwicklung von prägenden Freiflächen einer Stadt genutzt wird. Naturräumliche und kulturhistorische Gegebenheiten, wie Wasserflächen, land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen, Schutzgebiete oder Abbauland, bilden die Grundlage für die Entwicklung von Freiflächensystemen.<sup>3</sup>

Auch der Begriff Freifläche wurde in dieser Richtlinie beschrieben und als Sammelbegriff für überwiegend unbebaute, bewachsene oder befestigte Flächen, ausgenommen Verkehrsflächen, verstanden. Ausführlicher beschrieben sind dort die allgemeinen Freiflächen des Wohnkomplexes, welche Tummelplätze, Sportplätze, Schmuckflächen und Grünverbindungen umfassen. Flächen des Wohnbaulandes sowie die Grundstücksflächen der gesellschaftlichen Einrichtungen wurden nicht dazugezählt.<sup>4</sup> In der Publikation *Freiflächen in Städten* von Johann Greiner<sup>5</sup> aus dem Jahr 1960 sind unter Freiflächen „... zunächst alle Flächen zu verstehen, auf denen die Ausweisung von Bauland grundsätzlich untersagt bzw. auf Zwecke beschränkt ist, die mit der Nutzung und Pflege dieser Flächen in unmittelbarer Beziehung stehen und nicht auf den vorgesehenen Bauflächen er-

---

<sup>1</sup> Vgl. Klaffke, Kaspar: Freiraumplanung. In: Handwörterbuch der Raumordnung, hrsg. v. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover : Verlag der ARL 1994, S. 319 - 320.

<sup>2</sup> Vgl. Ritter, Ernst-Hasso: Freiraum. In: Handwörterbuch der Raumordnung, hrsg. v. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover: Verlag der ARL 1994, S. 315.

<sup>3</sup> Vgl. TGL 113-0373 Freiflächen. Grundsätze und Richtzahlen für die generelle Stadtplanung. Deutsche Bauzyklopädie, März 1964, am 6. März 1964 durch das Ministerium für Bauwesen Berlin bestätigt, S. 1.

<sup>4</sup> Vgl. ebda., S. 1.

<sup>5</sup> Zum Leben und Wirken Johann Greiners informiert das Kapitel 5.2 ausführlich.

füllt werden können ...“.<sup>6</sup> In einer weiteren Publikation von Greiner *Freiflächenkennwerte, Bestand-Entwicklung* aus dem Jahr 1969 wurde zusätzlich angeführt, dass Freiflächen Erholungsflächen, Ertragsflächen und eine dritte Gruppe von Flächen (Kippen, Ödland etc.) enthalten. Zu Erholungsflächen zählen laut Publikation Parks, Kleingärten, Friedhöfe oder Sportflächen, wohingegen landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Flächen zu den Ertragsflächen zählen.<sup>7</sup> Wie man bereits feststellen konnte, lassen sich Freiraum und Freifläche nur schwer voneinander abgrenzen. Obwohl der Begriff Freiraum die dritte Dimension beinhalten soll, liegt der Verdacht nahe, dass man diese Begriffe willkürlich verwendete. An dieser Stelle sei erwähnt, dass die Verfasserin innerhalb dieser Arbeit ausschließlich den Begriff Freifläche als Synonym für Freiraum verwendet.

Um die Begriffe Freifläche und Grünfläche voneinander abzugrenzen, wird an dieser Stelle eine Definition des Begriffs Grünfläche gegeben. Unter Grünfläche verstand man damals wie heute die „Lunge der Stadt“, sie sollte das städtische Mikroklima der Stadt verbessern, gegen Rauch, Schmutz und Lärm schützen. Bereits 1889 wurden Grünflächen nach ihrer Verwendungsform in sanitäres Grün und dekoratives Grün eingeteilt. Martin Wagner<sup>8</sup> nimmt in der Veröffentlichung *Städtische Freiflächenpolitik* Bezug auf diese Begrifflichkeiten und führt diese weiter aus. So erläutert er, dass bis zur Entwicklung des Städtebaus das „dekorative Grün“ eine vorherrschende Rolle spielte. Wurde das „dekorative Grün“ im Mittelalter als schmückendes Element genutzt, verlor es angesichts der schlechten Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten innerhalb der Städte an Bedeutung. Als Luftspeicher und Luftverbesserer bezeichnet Wagner das „sanitäre Grün“, welches gesundheitsfördernden Einfluss auf die Menschen hatte.<sup>9</sup>

---

<sup>6</sup> Greiner, Johann; Karn, Heinz: Freiflächen in Städten. Beiträge zur Bearbeitung von Flächennutzungsplänen. Schriftenreihe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung, 1. Aufl. Berlin: Deutsche Bauakademie Sektion Städtebau und Architektur 1960, S. 35.

<sup>7</sup> Vgl. Greiner, Johann: Freiflächen-Kennwerte, Bestand-Entwicklung. Beiträge zur Generalbebauungsplanung der Städte. Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur Heft 28, hrsg. v. der Deutschen Bauakademie zu Berlin, Berlin: Bauinformation 1969, S. 9.

<sup>8</sup> Martin Wagner (1885 - 1957) war ein deutscher Architekt und Stadtplaner. Er war von 1926-1933 Stadtbaurat für Hochbau in Berlin und gilt als einer der bedeutendsten Stadtplaner der 1920er Jahre. Zusammen mit Bruno Taut entwarf er zwischen 1924 - 1926 u. a. die „Hufeisensiedlung“ in Berlin-Britz. Siehe dazu: <http://w3.siemens.de/siemens-stadt/wagner0.htm>.

<sup>9</sup> Vgl. Wagner, Martin: Städtische Freiflächenpolitik, Städtische Freiflächenpolitik. Grundsätze und Richtlinien für Größe und Verteilung der verschiedenen Arten von sanitärem Grün im Stadtplane mit besonderer Berücksichtigung von Gross Berlin. Schriften der Zentralstelle für Volkswirtschaft, Heft 11 der neuen Folgen, 1915, S. 1 - 3.

## 2 Geschichtliche Entwicklung der Freiraumplanung bis zur Gründung der DDR

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der Freiraumplanung von der Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland bis zur Gründung der DDR vorgestellt. Entstanden als Bestandteil der städtebaulichen Entwicklung, infolge der beginnenden Industrialisierung in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts, wurden Grünflächen und Erholungsgebiete beliebig in den Stadtteilen angelegt. Sie sollten anfänglich gesundheitlichen Problemen vorbeugen und der Bevölkerung genügend Erholung bieten. Später wurde der stadtgliedernden Funktion von Freiflächen mehr Bedeutung zugemessen, die seit Anfang des 20. Jahrhunderts vermehrt genutzt wurde. Anfang der 1930er Jahre stagnierte die Freiraumplanung erstmals, da sich die Stadtplaner überwiegend dem Wohnungsbau und der Erweiterung des Straßennetzes widmeten, um der stetig wachsenden Bevölkerung ausreichenden Wohnraum zu verschaffen. Zusätzlich trugen die teuren Kriegsvorbereitungen und die Eroberung der Ostgebiete dazu bei, dass Grünflächen nicht realisiert wurden. Die verschiedenen Zeitepochen werden in Beziehung zu den wichtigsten Entwicklungen erläutert und die Grenzen der Freiraumplanung aufgezeigt. Am Ende der beiden Teilschnitte wird die Stadt Berlin als repräsentatives Beispiel für die Planung und Gestaltung der Freiflächen ausführlich beschrieben.

### 2.1 Freiraumplanung als Bestandteil in der städtebaulichen Entwicklung gegen Mitte des 20. Jahrhunderts und in der Weimarer Republik

1840 wurde erstmals auf die soziale und hygienische Wichtigkeit der Freiflächen innerhalb der Stadt aufmerksam gemacht. Peter Josef Lenné<sup>10</sup> stellte in seinem Entwurf *Projectirte Schmuck- und Grenzzüge von Berlin mit nächster Umgegend* einen konkreten Plan für Berlin vor, in dem die Verkehrsplanung der weiteren Stadtentwicklung die Richtung geben und Grünzüge Erholungsräume schaffen sollten.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Peter Josef Lenné (1789 - 1866) war einer der bedeutendsten preußischen Landschaftsgärtner und gestaltete überwiegend nach englischem Vorbild Park- und Grünanlagen für die Naherholung der Bevölkerung Berlins und Potsdams. Siehe dazu: <http://www.gartenliteratur.de/Leselaube/persoenn/lenne.html>.

<sup>11</sup> Vgl. Schwenk, Herbert: Lexikon der Berliner Stadtentwicklung, hrsg. v. Hans-Jürgen Mende und Kurt Wernicke, Berlin: Haude & Spener 2002, S. 180.

Doch erst mit der beginnenden Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts und der darauf folgenden Landflucht war man darauf bedacht, für die wachsende Bevölkerung innerhalb der Städte bessere Lebensbedingungen und mehr Wohnraum zu schaffen. Wurden bis dato lediglich vereinzelt Grünflächen oder kleine Parks willkürlich im Stadtbild angelegt, deren einzige Funktion aus Luftspeicherung und -verbesserung bestand, änderte sich zum Ende des 19. Jahrhunderts die städtebauliche Auffassung. Die Grünflächen wurden nicht mehr beliebig angeordnet, sondern ringförmig um die Stadt angelegt. Dadurch änderten sich auch die Funktionszuweisungen. Neben der sozialen und hygienischen Funktion von Freiflächen wurde die städtebauliche Funktion immer bedeutender. Diese bestand entweder in der Gliederung, Begrenzung oder dem Abschließen von Städten. In Wien wurde 1905 ein Wald- und Wiesengürtel beschlossen, der einen Großteil des Wienerwaldes und den Süden Wiens als Naturschutzgebiet ausweisen sollte.<sup>12</sup> Die stadtgliedernde Aufgabe von Freiflächen wurde immer wichtiger, so dass innerhalb der Städte geradlinige, von einem Punkt ausgehende Grünzüge angelegt wurden. Eine Kombination von ringförmig und radial angelegten Freiflächen stellte eine zufriedenstellende Lösung für die Stadtplaner dar. Indem ein innerer mit einem äußeren Grüngürtel durch Radiale miteinander verbunden wurde, konnte der Stadtkörper stärker gegliedert werden. Dabei übernahm der äußere Grüngürtel eine die Stadt abschließende Funktion, wie der städtebauliche Wettbewerbsentwurf für die Stadt Köln zeigt. Verbessert wurden die hygienischen, sozialen und städtebaulichen Bedingungen durch die weitere Verzweigung der kombinierten Ring- und Radialsysteme untereinander. Zusätzliche Grünstreifen sollten Wohnkomplexe auflockern und mit vorhandenen Grünflächen verbunden werden. Zusätzlich zur stadtgliedernden Aufgabe von Freiflächen kommt der Auflockerung der Stadt, die durch das Wachstum der Bevölkerung größer wurde, große Bedeutung zu. Durch die Anlage von Trabantenstädten seit Mitte der 1920er Jahre sollte dem raschen Stadtwachstum vorgebeugt werden.<sup>13</sup> Der städtebauliche Wettbewerb für Groß-Breslau sah einzelne Trabanten in einem Radius von 10 km um den Kern der Stadt angeordnet vor, die eine eigene Siedlungseinheit bilden sollten.<sup>14</sup>

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zählte Berlin zu den Städten mit der geringsten Freiflächenversorgung. Jede bebaubare Fläche wurde genutzt, um Wohnkomplexe zu errich-

---

<sup>12</sup> 1905 wurde der Wiener Wald- und Wiesengürtel beschlossen, der allerdings erst in den 1950er Jahren realisiert werden konnte. Siehe dazu: <http://www.wien.gv.at/umwelt/natuerlich/100jahre.htm>.

<sup>13</sup> Vgl. Bauer, Joachim: Entwicklung städtischer Freifächensysteme als integraler Bestandteil des Städtebaus, 1850 – 1930. Beiträge zur räumlichen Planung Bd. 45, Hannover : Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur 1996, (zugleich Dissertation Universität Hannover 1995), S. 191 - 194.

<sup>14</sup> Vgl. ebda., S. 165 ff.

ten oder das Verkehrsnetz auszuweiten. Zwar entstanden in den besseren Vierteln sogenannte Schmuckplätze, doch die Arbeiterviertel wurden bei der Anlage von Grünflächen weniger berücksichtigt. 1910 wurde ein Wettbewerb veranstaltet, um den Grundplan von Groß-Berlin zu gestalten. Einer der Vorschläge kam von Hermann Jansen<sup>15</sup>, der neben Bebauungsvorschlägen auch ein differenziertes Freiraumkonzept vorsah, das teilweise in Dahlem umgesetzt werden konnte. Eine bedeutende Person der Freiraumgestaltung der 1920er und 1930er Jahre war Martin Wagner, der mit seiner Dissertation *Das sanitäre Grün der Städte – ein Beitrag zur Freiflächentheorie*<sup>16</sup> im Jahre 1915 einen entscheidenden Beitrag zur Begründung des Stadtgrüns leistete. In seiner Veröffentlichung geht Wagner auf die Verteilung und Größe der Freiflächen ein und erklärt deren Funktion und Nutzwert.<sup>17</sup>

Durch den Zusammenschluss von acht Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken entstand im Jahr 1920 die Stadtgemeinde Groß-Berlin. Damit war ein Teil des Planungsproblems im Raum Berlin gelöst, jedoch konnte keine ausreichende Auflockerung der Stadt erreicht werden. Durch die Folgen des Ersten Weltkriegs (1914-1918) und der zwischen 1914 und 1923 erfolgten Inflation verstärkt, wurde 1922 ein freiflächenpolitisches Sofortprogramm zur Behebung des Freiflächenmangels verabschiedet. Mit dem Bau von acht Spiel- und Sportplätzen, vier Volksparkanlagen sowie einer Schwimm- und Sportanlage wollte man der Zunahme von Krankheiten, wie etwa Tuberkulose, entgegenwirken. Ab 1924 wurden 14 größere Grundstücke, darunter fünf Güter, mit einer Gesamtfläche von 3.700 ha angekauft. Zudem wurden umfangreiche Volksparkprogramme und der Neubau bzw. Umbau vieler Stadtplätze und Parkanlagen realisiert.<sup>18</sup> 1925 trat eine Bauordnung in Kraft, die einen Bauzonenplan beinhaltete. Die allgemeine Herabsetzung der baulichen Ausnutzung, der Schutz von Freiflächen vor der Bebauung sowie die räumliche Trennung von Wohn- und Industriegebieten wurden als Ziele des Bauzonenplans formuliert.<sup>19</sup>

---

<sup>15</sup> Hermann Jansen (1869-1945) war ein deutscher Architekt und Stadtplaner, der im Jahr 1910 einen von zwei ersten Preisen des Wettbewerbs zu dem *Grundplan für die Bebauung von Groß-Berlin* gewann. Siehe dazu: [http://de.wikipedia.org/wiki/Hermann\\_Jansen\\_\(Architekt\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Jansen_(Architekt)).

<sup>16</sup> Martin, Wagner: *Das sanitäre Grün der Städte. Ein Beitrag zur Freiflächentheorie*, Berlin: Heymann Verlag 1915, (zugleich Dissertation, Königlich Technische Hochschule Berlin 1915), 92 S.

<sup>17</sup> Vgl. Schindler, Norbert: *Gartenwesen und Grünordnung in Berlin*. In: *Berlin und seine Bauten*, Teil XI Gartenwesen, Berlin [u. a.]: Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn 1972, S. 6 - 7.

<sup>18</sup> Vgl. Stürmer, Rainer: *Freiflächenpolitik in Berlin in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Sozial- und Umweltschutzpolitik einer modernen Industriestadt*. Berlin-Forschung Bd. 25, Berlin: Berlin-Verlag Arno Spitz 1991, S. 233 - 235.

<sup>19</sup> Vgl. *Berliner Pläne 1864 - 1994*, hrsg. v. der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Broschüre, S. 9.

Der Generalfreiflächenplan von 1929, der mit der *Denkschrift*<sup>20</sup> des Amtes für Stadtplanung veröffentlicht wurde, dokumentierte die Verteilung der Freiflächen für Groß-Berlin. Dieser Plan basierte auf den Vorstellungen verschiedener Preisträger des Städtebau-Wettbewerbs von 1910. Er sah einen weiträumig umschließenden Grüngürtel im Westen der Stadt vor, der im Südosten den Müggelsee und die Dahme mit einschloss. Eine Verbindung mit dem im Norden liegenden Tegeler Forst sollte ein Feld- und Wiesengürtel bilden. Ein zusätzlicher Grüngürtel sollte das Waldgebiet im Südosten mit dem Waldgebiet bei Potsdam verbinden. Der Generalfreiflächenplan sah als Verbindung zwischen dem die Stadt umgebenden Grüngürtel und den innerhalb der Stadt liegenden Freiflächen radiale Grünzüge vor. Insgesamt waren neun dieser Grünzüge geplant, wobei diese gleichmäßig in alle vier Himmelsrichtungen angelegt werden sollten. Bei der Planung dieser Grünzüge sollte darauf geachtet werden, dass bestehende Baumbestände, Wasserläufe und Parkanlagen in das Freiflächensystem integriert wurden. Die Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929 beeinflusste auch die Freiflächenpolitik in Groß-Berlin und führte zu einem vorläufigen Stillstand der bevorstehenden Baumaßnahmen.<sup>21</sup>

## 2.2 Freiraumplanung im Nationalsozialismus bis zur Gründung der DDR

Mit dem beginnenden Nationalsozialismus im Jahr 1933 endete die bis dahin bestehende Freiraumplanung, so wie sie in dem Abschnitt zuvor beschrieben wurde. Die Stadtplaner im Nationalsozialismus versuchten zwar an die Ergebnisse aus den 1920er Jahren anzuknüpfen, doch wurden die Instrumente städtischer Freiraumplanung nicht weiterentwickelt. Faktoren wie Erholung und Ernährung wurden weiterhin erörtert, büßten aber deutlich an Fülle ein.<sup>22</sup> Ab 1934 wurde die „Auflockerung und Durchgrünung“ der Städte gefordert, die allerdings mit militärischen Zielen verbunden war. Bei Luftangriffen sollten Grünflächen Schutz bieten und einen besseren Abzug der Gase ermöglichen.<sup>23</sup>

---

<sup>20</sup> Koeppen, Walter: Die Freiflächen der Stadtgemeinde Berlin. Denkschrift Nr. 2 der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Amt für Stadtplanung der Stadt Berlin, Berlin 1929, 48 S.

<sup>21</sup> Vgl. Stürmer: Freiflächenpolitik, S. 236 ff.

<sup>22</sup> Vgl. Lohrberg, Frank: Stadtnahe Landwirtschaft in der Stadt- und Freiraumplanung. Ideengeschichte, Kategorisierung von Konzepten und Hinweise für die zukünftige Planung, Dissertation an der Universität Stuttgart, S. 49.

<sup>23</sup> Vgl. Petsch, Joachim: Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich. Herleitung, Bestandsaufnahme, Entwicklung, Nachfolge, München [u. a.]: Carl Hanser Verlag 1976, S. 194.

Zu dieser Zeit sind bereits klare Grenzen der Freiraumplanung erkennbar. Vorhandene Grünflächen wurden weiterhin genutzt, doch neue Freiraumsysteme, wie zuvor beschrieben, wurden nicht mehr angelegt. Vielmehr waren es die Ansichten der sich bis dahin wandelnden Auffassung von Stadterweiterungen, die lediglich den Ausbau des Verkehrsnetzes, die Errichtung von monumentalen Bauten sowie die Umgestaltung der Großstädte in mittelalterliche Kleinstädte vorsahen, welche die Freiraumplanung stagnieren ließ. Generell entwickelte sich eine Feindseligkeit Großstädten gegenüber, da diese viele Nachteile, wie z. B. hohe Anzahl der Verkehrstopfer oder die Kinderarmut, mit sich brachten. Verschiedene Programme wurden entwickelt, um diesen Problemen vorzubeugen. Allen gemeinsam war die Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen. Unter dem Vorwand der Sanierung sollten die Armenviertel aufgelöst und dessen Bevölkerung an die Randgebiete der Städte „verschoben“ werden. Dabei waren die Bauten dieser Viertel nicht immer sanierungsbedürftig, doch versuchte man dadurch das politisch gewachsene Bewusstsein zu zerstören.<sup>24</sup>

In einem Entwurf von Gottfried Feder<sup>25</sup> mit dem Titel *Die neue Stadt*<sup>26</sup> wurde ein wissenschaftlicher Versuch zur umfassenden Raum- und Stadtplanung gestartet. Dieser Versuch basierte auf einer von 1936 bis 1939 durchgeführten Studie, die am Institut für Städtebau und Landesplanung der Technischen Hochschule Berlin entwickelt wurde. Leitbild dieser Planung war die städtische Siedlung in Form von ländlichen Kleinstädten, die einen konzentrischen Aufbau vorsah. Ein radiales bzw. halbradiales Straßennetz sollte die Gliederung der Stadt gewährleisten, welche durch zwei Hauptachsen in Ost-West- und Nord-Süd-Richtung in etwa vier gleich große Sektoren unterteilt wurde. Dabei sollte das Randgebiet im Westen Raum für landwirtschaftlich zu nutzende Flächen sowie Grün- und Erholungsflächen und Sportanlagen bieten. Im Osten der Stadt sollten die Industrie, Bahnhöfe sowie andere Bauten angesiedelt werden. Der Ausbau des Verkehrsnetzes stand hier im Vordergrund der Planungen. Bereits hier tauchte das städtebauliche Leitbild der „autogerechten Stadt“ auf und verdrängte somit die Bedeutung der Frei- und Grünflächen.<sup>27</sup>

---

<sup>24</sup> Vgl. Petsch: Stadtplanung im Dritten Reich, S. 193.

<sup>25</sup> Gottfried Feder (1883-1941) war ein deutscher Politiker, der 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen wurde. Siehe dazu: <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/FederGottfried/index.html>.

<sup>26</sup> Feder, Gottfried: Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung, Berlin: Springer 1939, 480 S.

<sup>27</sup> Vgl. Münk, Dieter: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches, Bonn: Pahl-Rugenstein 1993 (zugleich Dissertation Universität Bonn 1993), S. 265 - 271.

Auch in Berlin planten die Nationalsozialisten monumentale Anlagen und Bauten, die das Stadtbild zu einer riesigen Machtzentrale wandeln sollten. Von einer zukünftigen Einwohnerzahl von acht bis zehn Millionen Menschen ausgehend, bekam der Unterabteilungsleiter der Reichspropagandaleitung und Beauftragte für Städtebau Albert Speer<sup>28</sup> im Jahr 1936 den Auftrag, ein Konzept zur Neugestaltung Berlins auszuarbeiten. Bereits ein Jahr später legte er einen Generalbebauungsplan vor, der detaillierte Ausarbeitungen des Stadtzentrums enthielt. Zugunsten der Verkehrsplanung sah das Konzept die Vernichtung ganzer Stadtteile vor, mit der 1938 begonnen wurde. Um den Verkehr zu bewältigen, wurden vier Ringbahnen, die die Innenstadt einfassten, sowie ein gewaltiges Straßenkreuz, an dem repräsentative Gebäude errichtet werden sollten, geplant. Dieses Straßenkreuz sollte die Stadt in vier ungleich große Abschnitte teilen. Als Verbindung zur Autobahn sollten in Ost-West-Richtung weitere Straßen quer durch die Stadt führen. Für dieses Bauvorhaben sollten ca. 52.000 Wohnungen abgerissen werden. Außerdem sollten mächtige Bauwerke entstehen, wie z. B. die „Große Halle“ oder der „Südbahnhof“, die jedoch aufgrund des Zusammenbruchs des Nationalsozialismus nicht zu Ende gebracht wurden.<sup>29</sup> In dieser Zeit wurden u. a. der Flughafen Tempelhof neugestaltet sowie die Pferderennbahn und das Deutsche Stadion zum heutigen Olympiastadion umgebaut.

Neben der Erschließung des Grunewalds, als Erholungsgebiet für die Bevölkerung, sollten vorhandene Naturgegebenheiten, wie Wiesentäler oder Wälder, in vorhandene Grünflächen integriert werden. Vor allem Dauerkleingärten entstanden in dieser Zeit, die in das vorhandene Stadtbild eingegliedert wurden. Aber auch Parks und Plätze wurden neu gestaltet, wie der Urbanpark in Kreuzberg oder der Waldpark Krumme Lanke in Zehlendorf. Durch den Zweiten Weltkrieg und den daraus resultierenden Arbeitskräfte- und Materialmangel kam die Arbeit der Verwaltungen fast zum Erliegen. Die Gemüsegelder der Stadt benötigten jeden Quadratmeter und mit zunehmender Zerstörung verloren die Park- und Grünanlagen an Bedeutung. Die Freiraumplanung dieser Zeit erinnerte in ihren Teilplanungen an die Vorstellungen der 1920er Jahre, doch erlitt sie die größte Wendung seit ihren Anfängen als Bestandteil in der städtebaulichen Entwicklung.<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> Albert Speer (1905 - 1981) war ein deutscher Architekt und Politiker, der im Nationalsozialismus nicht nur zahlreiche Wehrbauten entwarf. 1938/39 entwickelte er u. a. den Generalplan für den Umbau Berlins zur Welthauptstadt "Germania". Siehe dazu: <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/SpeerAlbert/>.

<sup>29</sup> Vgl. Schwenk: Lexikon Berliner Stadtentwicklung, S. 269 ff.

<sup>30</sup> Vgl. Schindler: Gartenwesen und Grünordnung, S. 18 ff.

## 2.3 Zwischenfazit

War man Mitte des 19. Jahrhunderts darauf bedacht, die sozialen Missstände innerhalb der Städte, verursacht durch die wachsende Bevölkerung, mit Grünflächen zu beheben, änderten sich die Anforderungen und Funktionen von Freiflächen in den folgenden Jahrzehnten. Man erkannte die Notwendigkeit der Freiflächen und versuchte durch das Anlegen von Ringen aus Grünflächen um eine Stadt der Bevölkerung Erholung zu verschaffen. Auch wurden Parkanlagen angelegt, welche die Stadt durchziehen sollten. Die gliedernde Funktion der Grünflächen und die gleichzeitige Begrenzung der Städte waren weitere positive Eigenschaften von Freiflächen. Mit Beginn des aufsteigenden Nationalsozialismus Anfang der 1930er Jahre stagnierte die Freiraumplanung der Weimarer Zeit. In der Zeit von 1933 bis 1945 wurden einige Gesetze zur Neugestaltung der Städte beschlossen, doch diese beinhalteten lediglich die Planungen der Verkehrswege und die zu bauenden Wohnhäuser sowie die Errichtung von gewaltigen Bauten. Die Bedeutung der Grünflächen in diesem Zusammenhang trat in den Hintergrund. Lediglich bei militärischen bzw. optischen Aspekten wurde die Wirkung von Grünflächen genutzt, wie z. B. zur Herausstellung von monumentalen Bauten oder für einen besseren Abzug von Gasen bei Luftangriffen. Zu diesem Zeitpunkt bildete die Freiraumplanung keinen Bestandteil der Stadterweiterung mehr und kam somit an eine Grenze.

### 3 Entwicklung der Freiraumplanung in der DDR

In diesem Kapitel wird die Freiraumplanung in der DDR beschrieben und vollständigkeitshalber auch auf die Zeit der sowjetischen Besatzungszone eingegangen. Aufgrund der Quellenlage beschränkt sich dieses Kapitel auf die Planungen und Entwürfe für die Stadt Berlin. Darauf aufbauend wird anhand von erlassenen Gesetzen die Entwicklung der Freiraumplanung in der DDR erläutert. Dabei wird auf die Freiflächenarten und -kategorien sowie auf die Freiflächensysteme eingegangen und deren Zielstellung, Aufgaben sowie deren Gestaltung und Planung beschrieben.

#### 3.1 Nachkriegsjahre und Sowjetische Besatzungszone in Berlin

Nach dem Zweiten Weltkrieg erinnerte Deutschland, vor allem Berlin, an eine Ruinenstadt, die es galt, wieder aufzubauen. Nur ca. 2,8 Millionen Menschen lebten in Berlin, in dem rund ein Drittel der Gebäude zerstört wurden. Die Absicht vieler Stadtplaner und Architekten bestand darin, Berlin von Grund auf umzugestalten. Die Leitlinie der 1920er Jahre sollte verwirklicht werden und als Grundlage einer nach sozialen und wirtschaftlichen Erkenntnissen orientierten Planung dienen. Denn die Schäden an Bäumen, Sträuchern und allgemein an Grünflächen waren hoch. Die Hälfte der Straßenbäume existierte nicht mehr und Wälder sowie Naherholungsgebiete gab es nur noch teilweise. Durch den Kältewinter 1945/46 wurden auch die letzten Sträucher und Baumbestände dezimiert. Den Parks erging es ähnlich, als im folgenden Sommer diese als Gemüsefelder umfunktionierte wurden.<sup>31</sup> Aber auch die Wohnraumsituation war dramatisch. Von den ca. 1.562.000 Wohnungen waren nur noch 370.000 sofort wieder bewohnbar, 380.000 galten als leicht beschädigt und über 500.000 als total zerstört. Von der 187 km<sup>2</sup> bebauten Stadtgebietsfläche waren 28,5 km<sup>2</sup> total zerstört. Um den Wiederaufbau Berlins zu realisieren, mussten ca. 70 - 90 Millionen m<sup>3</sup> Schutt und Bruchsteine beseitigt werden, die zunächst zur Abdeckung von Bombenkratern, Schützengräben und Luftschutzeinrichtungen verwendet wurden. Der größte Teil des Schutts allerdings wurde zum Auftürmen künstlicher Hügel, den sogenannten Trümmerbergen, genutzt. Sie sollten der Erholung

---

<sup>31</sup> Vgl. Richard, Winfried: Zwischen Stadtlandschaft und Bestandssicherung. Die Berliner Freiraumentwicklung nach dem 2. Weltkrieg. In: IFP Stadtentwicklung Berlin nach 1945 (I). ISR Diskussionsbeiträge Nr. 17, hrsg. v. Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, 2. Aufl. Berlin 1986, S. 149 - 150.

und Freizeitbeschäftigung der Bevölkerung dienen und die Stadtlandschaft ergänzen. Zu den bekanntesten Trümmerbergen zählen die 86 m hohe Humboldthöhe im Volkspark Friedrichshain, der 75 m hohe „Insulaner“ im Bezirk Schöneberg und der 115 m hohe Teufelsberg am Nordrand des Grunewalds.<sup>32</sup>

Um den Wiederaufbau Berlins voranzutreiben, wurden verschiedene Pläne entwickelt, von denen die drei wichtigsten kurz vorgestellt werden. Obwohl die Entwürfe unterschiedliche Auffassungen zur Neugestaltung Berlins aufwiesen, waren sich jedoch alle Beteiligten einig, dass Berlin nicht wiederaufgebaut, sondern strukturell neu geordnet werden sollte.

Einer der ersten Gesamtkonzeptionen für den Wiederaufbau Berlins erarbeitete Hans Scharoun<sup>33</sup> und sein ihm unterstelltes „Kollektiv“<sup>34</sup> im Jahr 1945/1946. Dieser Plan sah eine radikale Umstrukturierung des gesamten Stadtgebiets vor, welches sich parallel zu den Flussläufen von Spree und Havel erstrecken sowie ein „... Verkehrsraaster im Recht-ecksystem ...“<sup>35</sup> enthalten sollte. Grundlage dieses Konzeptes sollten die naturräumlichen Gegebenheiten, wie die Lage der Stadt, geologische Strukturen oder Bodenarten, darstellen. Die Wohngebiete, vorgesehen für etwa 4000 bis 5000 Einwohner, sollten entlang dem Verwaltungs- und Wirtschaftsbereich eingeordnet werden. Dazwischen sollten zum Flusslauf parallel liegende Grünflächen angelegt werden. In unmittelbarer Umgebung sollten der Bevölkerung Ufer und Seen zugänglich gemacht und große Wiesen für Spiel und Sport, Volksparks und Dauerkleingärten angelegt werden.<sup>36</sup>

Neben dem sogenannten Plan des „Kollektivs Scharoun“ zählte der Zehlendorf-Plan zu den bedeutendsten Gesamtkonzeptionen zum Wiederaufbau Berlins. Der damalige Amtsleiter des vom Zehlendorfer Bürgermeister gegründeten Planungsamt, Walter Moest, und dessen Team, zu dem Willi Görden, Joachim Hildenbrand und Heinz Scheiding gehörten, orientierten sich an der vorhandenen Stadtstruktur, bei der ausschließlich die Verkehrs- und Freiflächenverbesserung erzielt werden sollte. Die Verkehrsplanung sah ein Band

---

<sup>32</sup> Vgl. Schwenk: Lexikon Berliner Stadtentwicklung, S. 272 ff.

<sup>33</sup> Hans Scharoun (1893 - 1972) war deutscher Architekt. Er studierte in Berlin Architektur, schloss jedoch das Studium nie ab. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er von den Alliierten zum Stadtbaurat für Bau- und Wohnungswesen im Magistrat von Groß-Berlin und Leiter der Abteilung Bau- und Wohnungswesen des Magistrats ernannt und war u. a. an der Planung der Berliner Philharmonie beteiligt. Siehe dazu: [http://www.hausschminke.de/netprodukt/web/html/deutsch/home\\_22\\_3\\_2.html](http://www.hausschminke.de/netprodukt/web/html/deutsch/home_22_3_2.html).

<sup>34</sup> Zu diesem Kollektiv gehörten neben Hans Scharoun auch Wils Ebert, Peter Friedrich, Ludmilla Herzenstein, Louise Seitz, Selman Selmanagic, Herbert Weinberger und Reinhold Lingner an. Siehe dazu: Schwenk: Lexikon Berliner Stadtentwicklung, S. 274.

<sup>35</sup> Schindler: Gartenwesen und Grünordnung, S. 27.

<sup>36</sup> Vgl. ebda., S. 27 f.

aus zentralen Bahnhöfen für den Personenfernverkehr sowie ein Hauptverkehrsstraßennetz vor. Ein Netz aus Ring- und Ausfallstraßen sollte das Stadtzentrum durchziehen und als Verbindung zwischen Kurfürstendamm und Leipziger Straße dienen. Das Freiflächenkonzept des Zehlendorf-Plans sah neben den Waldgebieten, die sich bereits im Stadtgebiet befanden, eine um das Stadtzentrum geführte Grünzone mit einem Durchmesser von 3 km vor. Zudem war ein Ersatz der Rieselfelder, die zur Reinigung von Abwasser genutzt wurden, durch Kläranlagen bzw. dessen Umgestaltung in Waldgebiete geplant.<sup>37</sup>

Der Zehlendorf-Plan, wie auch der Plan des Kollektivs Scharoun, wurde zwar nicht verwirklicht, doch bildete er die Grundlage für den 1947 entwickelten Bonatz-Plan. Zurückzuführen ist er auf Karl Bonatz<sup>38</sup>, der 1946 Scharouns Nachfolge als Stadtbaurat für Bau- und Wohnungswesen im Magistrat von Groß-Berlin antrat. Dieser wird als der letzte Entwurf zum Wiederaufbau Berlins gesehen, der von einer gesamtberliner Verwaltung erstellt wurde. Wie auch im Zehlendorf-Plan orientierte sich der Bonatz-Plan an der bestehenden Stadtstruktur Berlins. Auch hier wurde von der historischen Entwicklung der Stadt ausgegangen, wobei die Planungen der Verkehrssituation im Vordergrund der Planungen standen. Sollte beim Zehlendorf-Plan das Stadtzentrum von Straßen durchzogen werden, sah der Bonatz-Plan ein Ring- und Radialstraßensystem vor.<sup>39</sup> Laut der Freiflächenkonzeption des Bonatz-Plans sollten keil- und ringförmige Freiflächen an überwiegend zerstörten Orten angelegt werden. Grünbänder, -keile und -ringe sowie Promenaden sollten so weit wie möglich zusammenhängend angelegt werden, um die Gliederung der Stadt zu unterstützen. Später sollten die Waldflächen, die großen und kleinen Parks sowie die Dauerkleingärten und Friedhöfe ausgebaut und untereinander mit Grünflächen verbunden werden. Auch wurde die Begrünung der Spree und der Kanalufer angestrebt.<sup>40</sup>

Zahlreiche Konzeptionen zum Wiederaufbau der Stadt Berlin wurden vorgelegt, die mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 an Bedeutung verloren. In beiden Teilen der Stadt entwickelten sich daraufhin eigene Verwaltungen, die unabhängig voneinander arbeiteten.

---

<sup>37</sup> Vgl. Schwenk: Lexikon Berliner Stadtentwicklung, S. 275 f.

<sup>38</sup> Karl Bonatz (1882 - 1951) war ein deutscher Architekt. 1946 trat er die Nachfolge von Hans Scharoun als Stadtbaurat in Berlin an. 1949 wurde er Stadtbaudirektor der Abteilung Wohnen und Bauen von West-Berlin. Siehe dazu: [http://de.wikipedia.org/wiki/Karl\\_Bonatz](http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Bonatz).

<sup>39</sup> Vgl. Schwenk: Lexikon Berliner Stadtentwicklung, S. 276 f.

<sup>40</sup> Vgl. Schindler: Gartenwesen und Grünordnung, S. 28 f.

### 3.2 Freiraumplanung in der DDR ab 1950

Ein wesentlicher Erlass, der auch entscheidende Festlegungen für die Stadtplanung vorsah, war das Aufbaugesetz von 1950, in dem die 16 Grundsätze des Städtebaus<sup>41</sup> verankert waren. Das Aufbaugesetz sah in § 9 einen Flächennutzungsplan vor, der die Grundlage von städtebaulichen Aufbaumaßnahmen bilden sollte und sowohl Verkehrsflächen als auch Grünflächen enthalten musste. Damit schien eine gesetzliche Grundlage geschaffen zu sein, die es erlaubte, Baugebiete in Wohngebieten mit wenigen Freiflächen in bedarfsgerechte Grünanlagen umzuwandeln. Die 16 Grundsätze bildeten dabei die Grundlage für die städtischen Grünflächen. Daraufhin wurden alle bis dahin entwickelten Planungen aus der Zeit von 1945 bis 1948 für unbrauchbar erklärt. Infolge dessen wurde das Stadtautobahnnetz zurückgenommen und die Rückkehr zur Straßenrandbebauung angestrebt.<sup>42</sup>

Da die generelle Stadtplanung, also die räumliche Planung auf Bezirksebene, in den Mittelpunkt der Stadtplanung rückte, wurden 21 Städte in diesen Prozess integriert. Grundlage dieses Vorhabens war die 1960 veröffentlichte vorläufige Richtlinie *Ausweisung von Freiflächen in Städten mit 100.000 bis 300.000 Einwohnern*, welche 1964 in einen verbindlichen Standard<sup>43</sup> umgewandelt wurde. Dabei erfolgte die Beurteilung der Freiflächenplanung unter Berücksichtigung allgemeiner gesellschaftlicher Ziele nach Lage und Ausdehnung der zu schaffenden innerstädtischen Freiflächen, Erholungs- und Landwirtschaftsgebiete. Ziel dieser Planung war die Erhaltung und Ergänzung vorhandener Freiflächen.<sup>44</sup>

In den Jahren 1966/67 wurde der erste Generalbebauungsplan der DDR für Rostock herausgegeben, der für die weitere DDR-Freiflächenplanung ausschlaggebend war. Zwei Jahre später, im Jahr 1968, erhielt auch Berlin einen Generalbebauungsplan, der ein Kapitel zum Grün- und Erholungssystem beinhaltete. Darin hieß es, dass rund 100.000 ha Fläche für Erholungsgebiete zur Deckung des geschätzten Bevölkerungsbedarfs vorge-

---

<sup>41</sup> Die 16 Grundsätze des Städtebaus bildeten ein Aufbauprogramm, das von der Regierung der DDR am 27. Juli 1950 beschlossen wurde. Es stellt einen Wendepunkt in der der Architekturpolitik der DDR dar, das sich am sowjetischen Vorbild orientierte. Siehe dazu:  
[http://www.bpb.de/themen/RCVPOD,0,Die\\_16\\_Grundsätze\\_des\\_Städtebaus.html](http://www.bpb.de/themen/RCVPOD,0,Die_16_Grundsätze_des_Städtebaus.html).

<sup>42</sup> Vgl. Greiner, Johann: Freiflächenplanung für Städte in der ehemaligen DDR. Voraussetzungen und Möglichkeiten. In: Landschaftsarchitektur (1991), Heft 1, S. 9 - 10.

<sup>43</sup> TGL 113-0373 Freiflächen – Grundsätze und Richtzahlen für die generelle Stadtplanung, bestätigt durch das Ministerium für Bauwesen im März 1964, 4 S.

<sup>44</sup> Vgl. Greiner [u. a.]: Freiflächen in Städten, S. 34 - 57.

sehen waren. Überwiegend wurde der Ausbau eines Systems von Anlagen für die Feierabend- und Tageserholung sowie für den Freizeit- und Erholungssport angestrebt und der Ausbau von Erholungsgebieten im Umland Berlins festgelegt. Eine weitere Verbesserung der Freiflächensituation brachte das 1970 veröffentlichte Landeskulturgesetz, das zum einen die Erhaltung und den Ausbau von Erholungsgebieten vorsah. Zum anderen wurden auf dessen Grundlage die Themen Landeskultur, Umweltschutz und Stadthygiene als gesonderte Bereiche innerhalb der Generalbebauungsplanung der Städte aufgenommen.<sup>45</sup>

Einer Statistik aus dem Jahr 1973 zufolge waren ca. 70 % der Gesamtfreiflächen in der DDR Rasen, ca. 10 % wassergebundene Flächen und nochmals 10 % Pflanzflächen. Eingestanden wird der Mangel an Bäumen, zugleich auch festgehalten, dass diese für das Klima einer Stadt am wichtigsten wären.<sup>46</sup> Doch auch die Kleingärten wurden in ihrer Bedeutung wiedererkannt. So wurde in den späten 1970er Jahren beschlossen, dass bis 1990 150.000 neue Kleingärten angelegt werden sollten. Ab 1980 wurde vermehrt darauf geachtet, die Flächennutzung der Städte sinnvoll zu begrenzen und zusätzlich zu den Erholungsgebieten auch die landwirtschaftlichen Nutzflächen zu erhalten.<sup>47</sup>

Ab 1950 wurden zahlreiche Parkanlagen saniert oder neu gestaltet, wie z. B. der Stadtpark Berlin-Lichtenberg. 1950 erfolgten dessen Umgestaltung, nachdem die Schuttreste aus dem Zweiten Weltkrieg entfernt wurden, und die gleichzeitige Erweiterung nach Norden bzw. bis zur Möllendorfstraße. Innerhalb des Parks wurden neue Wege angelegt sowie eine Freilichtbühne, ein Planschbecken und die heutigen Gärtnerstützpunkte errichtet. Eine Aussichtsplattform an der Deutschmeisterstraße und der Rodelberg wurden neu gestaltet. Im Zuge der Generalüberholung im Jahr 1968 entstanden auch weitere Sportanlagen.<sup>48</sup> Auch in den späten 1980er Jahren wurden Projekte zur Errichtung von Grünanlagen realisiert, wie z. B. der heutige Erholungspark Marzahn, der anlässlich zur 750-Jahr-

---

<sup>45</sup> Vgl. Greiner: Freiflächenplanung für Städte in der ehemaligen DDR, S. 11 f.

<sup>46</sup> Vgl. Linke, Harald: Entwicklung der Freiräume in Wohngebieten als Folge der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. In: Komplexer Wohnungsbau und Freiflächen, Schriftenreihe der Bauforschung: Reihe Städtebau und Architektur, Heft 51, Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin: Bauinformation 1974, S. 17.

<sup>47</sup> Vgl. Greiner, Johann: Vier Jahrzehnte Landschaftsarchitektur. In: Städtebau und Architektur in der DDR. Historische Übersicht. Teil 1. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Bauforschung-Baupraxis, H. 254 (1989), S. 92 - 93.

<sup>48</sup> Vgl. den Artikel der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin unter: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/de/gruenanlagen\\_plaetze/lichtenberg/stadtpark\\_lichtenberg/index.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadtgruen/gruenanlagen/de/gruenanlagen_plaetze/lichtenberg/stadtpark_lichtenberg/index.shtml).

Feier Berlins am 9. Mai 1987 als Berliner Gartenschau eröffnet wurde und seit 1991 Erholungspark Marzahn heißt.<sup>49</sup>

### 3.2.1 Entwicklung der Freiflächenarten und -kategorien

Bereits 1915 wurde von Martin Wagner der Versuch unternommen, die Notwendigkeit der Freiflächen zu begründen und die für eine konsequente Freiflächenpolitik notwendigen Grundlagen zu formulieren. Dabei definierte Wagner auch die erforderlichen Richtwerte für Freiflächenarten und -kategorien, die in Tabelle 1 dargestellt sind.<sup>50</sup>

Altersgruppen	Freiflächenarten
Gruppe 1: 0 bis 2-jährige	Sandspielplätze
Gruppe 2: 2 bis 6-jährige	Bankplätze
Gruppe 3: 6 bis 10-jährige	Schulspielplätze
Gruppe 4: 10 bis 14-jährige	Spielwiesen
Gruppe 5: 14 bis 18-jährige	Sportplätze
Gruppe 6: 18 bis 30-jährige	Promenaden
Gruppe 7: über 30-jährige	Parkanlagen
	Wälder

Tab. 1: Die von Martin Wagner konzipierten sieben Altersgruppen und acht Freiflächenarten

Darauf aufbauend beschäftigten sich viele Stadtplaner mit der Weiterentwicklung von Richtwerten. Johann Greiner<sup>51</sup> veröffentlichte ab 1952 erste Beiträge zur Errichtung von Kinderspielplätzen sowie Grundschulen und ermittelte deren Freiflächenanteil. Bis zu seinem Tode publizierte er mehrere Artikel und Werke, deren Inhalt die Freiraumplanung war.<sup>52</sup> Erstmals in der Publikation *Freiflächen in Städten. Beiträge zur Bearbeitung von Flächennutzungsplänen* aus dem Jahr 1960 lassen sich spezifische Freiflächenarten finden: Parke und Promenaden, Sportplätze, Kleingärten und Friedhöfe. In den einzelnen Kapiteln wurde auf die dazugehörigen Unterbegriffe eingegangen, der Flächenbedarf ermittelt und Lagebestimmungen erläutert.<sup>53</sup> In einer Publikation aus dem Jahr 1969, eben-

<sup>49</sup> Vgl. den Artikel der Grün Berlin Park und Garten GmbH unter: <http://www.gruen-berlin.de/marz/ErholungsparkMarzahn.php>.

<sup>50</sup> Vgl. Wagner: Städtische Freiflächenpolitik, S. 20.

<sup>51</sup> Das Leben und Wirken Johann Greiners wird im Abschnitt 5.1 ausführlich erläutert.

<sup>52</sup> Vgl. Gelbrich, Helmut: Die Bedeutung der Forschungsarbeiten Johann Greiners an der Bauakademie für die Freiraumplanung in der DDR. In: Freiraum Komplex. In memoriam: Prof. Dr. Johann Greiner, Landschaftsarchitekt. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2003, S. 14 - 15.

<sup>53</sup> Vgl. Greiner [u. a.]: Freiflächen in Städten, S. 35 - 53.

falls von Greiner verfasst, wurden sämtliche Begriffe definiert und Gruppen zugeordnet. So definiert er Freifläche als „... Sammelbegriff für vorwiegend unbebaute, bewachsene oder befestigte Flächen ..., [die] Erholungsflächen, Ertragsflächen und eine Gruppe von Flächen [enthalten], in der Kippen, Halden, Odland, Abbauland und ähnliches zusammengefaßt sind ...“<sup>54</sup>. Zu Erholungsflächen zählte er Parks, Stadtplätze, Grünzüge, Sportflächen und Kleingärten sowie Friedhöfe und Ehrenhaine, die aufgrund ihrer intensiven gärtnerischen Pflege in die Erholungsflächen einbezogen wurden. Laut Greiner hat es sich erwiesen, die Begriffe Parke, begrünte Stadtplätze und Grünzüge zu dem Begriff Parke zusammenzufassen. Auch hier sind die vier Gruppen der innerstädtischen Erholungsflächen aufgeführt: Parke, Sportflächen, Kleingärten und Friedhöfe. Hier wurden unter dem Begriff Parke ebenso zoologische und botanische Gärten sowie Freibäder verstanden.<sup>55</sup>

### 3.2.1.1 Im Zeitraum von 1976 bis 1980

Wurden zu Anfang der 1950er Jahre die Voraussetzungen für die Verteilung und Bemessung der Freiflächen geschaffen, die durch Studien gewonnen werden konnten, fanden diese ab 1960 erstmals Anwendung. Erste verbindliche Regelungen zu Freiflächenarten wurden in der *Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten* festgelegt, die 1976 veröffentlicht wurde und im Fünf-Jahres-Rhythmus erschienen ist. Sie beinhalteten die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten und speziell die für Freiflächen des komplexen Wohnungsbaus erarbeiteten Ausstattungsprogramme und Qualitätsanforderungen. Nachfolgend werden die drei Komplexrichtlinien erläutert und speziell auf die Kapitel eingegangen, sich ausschließlich mit den Freiflächen beschäftigten. In der ersten Komplexrichtlinie werden folgende Freiflächenarten aufgeführt.<sup>56</sup>

- Freiflächen an Wohnbauten
- Freiflächen an Vorschuleinrichtungen
- Freiflächen an Schulen (ohne Sportplatzanlagen)
- Flächen für Sportplatzanlagen

---

<sup>54</sup> Greiner: Freiflächen-Kennwerte, Bestand-Entwicklung, S. 9.

<sup>55</sup> Vgl. Greiner: Freiflächen-Kennwerte, S. 9 und 14.

<sup>56</sup> Vgl. Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohnungen. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, hrsg. v. Ministerium für Bauwesen, 1. Aufl. Berlin: Bauinformation 1976, S. 23.

- Flächen für Tummelplätze
- Freiflächen im Bereich des gesellschaftlichen Zentrums, im Fußgängerbereich und Freizeitspiel
- Vegetationsflächen am Wohngebietsrand/Verkehrsanlagen

In Wohngebieten sollten Voraussetzungen für „... Spiel, Betreuung und Erziehung der Vorschulkinder und Schüler tägliche Erholung, aktive Freizeitgestaltung, sportliche Betätigung sowie Geselligkeit der Jugendlichen und Erwachsenen, die Erfüllung haus- und stadtwirtschaftlicher Erfordernisse ...“<sup>57</sup> geschaffen werden. Vorhandene Parks und Grünzüge sollten zu Wohngebietsparks umfunktioniert bzw., wenn nötig, neu geplant werden. In näherer Umgebung der Wohngebiete sollten Kleingärten angelegt bzw. vorhandene Kleingärten zu Kleingartenanlagen mit öffentlichen Wegen erweitert werden. Zu Freiflächen im Wohnbereich zählten Spielflächen, wie Sandkästen und Spielrasen, Wirtschaftsflächen, wie Müll- oder Wäschetrockenplatz, sowie Wege und Pflanzungen. Sporteinrichtungen, Tummelplätze und Wohngebietsparks zählten zu Freiflächen, die dem Wohngebiet zugeordnet wurden.

Freiflächen an Vorschuleinrichtungen und Schulen sollten vor Lärm, Luftverunreinigungen, zu viel Sonne und Belichtung schützen. Sie sind den Einrichtungen direkt zuzuordnen und „... den Bildungs- und Erziehungszielen entsprechend zu gestalten, auszustatten und zu gliedern ...“<sup>58</sup> sein.

In dieser ersten Komplexrichtlinie wurden die Freiflächenarten erläutert, Begriffe geklärt und Größe und Lage der einzelnen Grünanlagen aufgeführt. Allerdings wurden einige Freiflächenarten gänzlich nicht erwähnt, wie z. B. Wohngebietsparks oder Fußgängerbereiche.

### 3.2.1.2 Im Zeitraum von 1981 bis 1985

In der zweiten *Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohngebieten im Fünfjahrplanzeitraum 1981 - 1985* wurden die Freiflächenarten umfassender beschrieben.<sup>59</sup>

---

<sup>57</sup> Komplexrichtlinie (1976), S. 22.

<sup>58</sup> Komplexrichtlinie (1976), S. 45.

<sup>59</sup> Vgl. Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohnungen im Fünfjahrplanzeitraum 1981 - 1985. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, hrsg. v. Ministerium für Bauwesen, 1. Aufl. Berlin: Bauinformation, 1982, S. 38 - 45.

- Freiflächen im Wohnbereich
- Freiflächen an Vorschuleinrichtungen
- Freiflächen an polytechnischen Oberschulen
- Spielanlagen
- Sportplatzanlagen
- Freiflächen in gesellschaftlichen Zentren
- Wohngebietsparks
- Kleingartenanlagen und Kleingartenparks

Freiflächen im Wohnbereich sollten der „ ...kurzfristige[n] wohnungsnah[e] Erholung und Freizeitgestaltung, für das Spielen der Kinder und für den Aufenthalt älterer und behinderter Bürger ...“<sup>60</sup> dienen. Auch die Erfüllung der hauswirtschaftlichen Erfordernisse im Wohnbereich, wie Wäschetrockenplatz, sowie die Spielflächen für Vorschulkinder wurden hier, wie schon in der ersten Komplexrichtlinie, berücksichtigt. Hinzugekommen in der zweiten Komplexrichtlinie war die Planung von Wohnterrassen und Mietergärten, die allerdings erst umgesetzt wurden, wenn der Umfang anderer Flächen im Wohnbereich gesichert war.

Wurden in der ersten Komplexrichtlinie die Freiflächen an Vorschuleinrichtungen ausschließlich zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsprogramms und Sicherung bioklimatischer Bedingungen aufgeführt, wurden diese nun in pädagogische Nutzflächen, wie Spiel- und Pflanzflächen, und in funktionsbedingte Nebenflächen, wie z. B. Vorgärten und nicht nutzbare Böschungen, gegliedert. Zusätzlich umfassten die Freiflächen an Schulgebäuden die Flächen für die Pausenerholung, für den Schulgartenunterricht, für den Sportunterricht und für den Schulhort.

Spielanlagen für Kinder und Jugendliche sollten in den Wohngebieten angelegt werden, wobei die Spielflächen für Schüler und Jugendliche zu Spielbereichen zusammengefasst werden sollten, die sich, je nach Spielart und Intensität, differenzieren und gliedern lassen. Diese sollten in die Wohngebietsparks eingegliedert oder mit Sportplatzanlagen verbunden werden. Zudem sollen Treffpunkte für Jugendliche mit eingeplant werden.

Sportplatzanlagen sollten als Übungs-, Trainings- und Wettkampfanlagen errichtet werden, die an Sporthallen anzugliedern sind. Diese müssen verkehrsgünstig gelegen und mit den gesellschaftlichen Zentren einer Stadt verbunden sein.

---

<sup>60</sup> Komplexrichtlinie (1982), S. 38.

Die ausschließlich für den Fußgänger zu planenden Freiflächen wurden in gesellschaftlichen Bereichen als Fußgängerzonen beschrieben, in denen Sitzplätze, künstlerische Arbeiten oder Treffpunkte für Jugendliche vorhanden sein sollten. Außerdem konnten in gesellschaftlichen Bereichen auch Telefonzellen, Anlagen für Werbung oder die Möglichkeit für Wohngebietsfeste gegeben werden.

Wohngebietsparks wurden in der ersten Komplexrichtlinie zu den Sport- und Erholungsbereichen in Wohngebieten gezählt und gehören hier einer eigenen Freiflächenart an. Diese sollten als Erholungsanlagen dienen und einen Teil an Vegetationsflächen mit Spielanlagen und Angeboten für Freizeitaktivitäten bieten. Sie sollten mit den gesellschaftlichen Zentren verbunden werden und zur Kommunikation und sportlichen Betätigung der Bürger beitragen.

Auch Kleingartenanlagen und -parks nahmen in der zweiten Komplexrichtlinie eine eigene Kategorie ein. Sie sollten, wenn schon vorhanden, erhalten und in die Wohngebietsplanung mit einbezogen werden. Anzustreben war auch, die Kleingartenanlagen mit Erholungsbereichen und Spielanlagen auszustatten und diese zu Kleingartenparks zu erweitern.

### **3.2.1.3 Im Zeitraum von 1986 bis 1990**

Während in den bereits beschriebenen zwei Komplexrichtlinien nur Neubauwohngebiete berücksichtigt wurden, beschäftigt sich die dritte *Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986 - 1990* ebenfalls mit Altbauwohngebieten. Auch hier wurden die Freiflächenarten benannt:<sup>61</sup>

- Freiflächen im Wohnbereich
- Freiflächen an Vorschuleinrichtungen
- Freiflächen an Schulen
- Freiflächen an Lehrlingsheimen
- Freiflächen an Sozialeinrichtungen
- Freiflächen in gesellschaftlichen Bereichen und Zentren
- Spielanlagen für Kinder und Jugendliche
- Sportplatzanlagen
- Begrünte Stadtplätze, Grünverbindungen, Parks und Kleingartenanlagen

---

<sup>61</sup> Vgl. Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986-1990, hrsg. v. Ministerrat der DDR, Berlin: Bauinformation 1985, S. 49 - 55.

Schon beim ersten Betrachten fällt auf, dass wieder neue Freiflächenarten hinzugefügt und einige zusammengefasst wurden. So wurden die Freiflächen an Vorschuleinrichtungen und Schulen um Lehrlingsheime und Sozialeinrichtungen ergänzt und Parks und Kleingartenanlagen zu einer Freiflächenart zusammengefasst.

Die Freiflächen im Wohnbereich wurden unterteilt in Straßenräume mit Vorgärten und Eingangsbereichen, verkehrsfreie Grünräume und Höfe mit Spiel- und Erholungsflächen und Wirtschaftsanlagen. Außerdem wurden Sitzplätze für ältere und behinderte Menschen ausgewiesen. Auch Wäschetrocken-, Teppichklopf- und Müllsammelplätze sowie Mietergärten und Wohnterrassen waren vorgesehen. Neu in der dritten Komplexrichtlinie war, dass die „... durch Abriß freiwerdende[n] Flächen in den Wohnhöfen vorrangig für die Anlage von Spiel- und Aufenthaltsflächen sowie von Pflanzungen ...“<sup>62</sup> genutzt werden sollten. Dieser Punkt bezog sich auf Altbauwohngebiete, in denen die Freiflächen als Verbindung von individuell genutzten Hofbereichen dienen sollten. Die Begrünung von Lagerflächen, Dächern angrenzender Arbeitsstätten und die Gestaltung und Begrünung von Innenhöfen wurde ebenfalls neuer Teil der dritten Komplexrichtlinie.

Bei Freiflächen an Vorschuleinrichtungen wurden keine Neuerungen bekannt, dafür wurden die Freiflächen an Schulen in funktionsbedingte sowie bebaute Flächen und Neben funktionsflächen unterteilt. Funktionsbedingte Flächen können z. B. Gymnastikwiese, Schulgarten, Flächen für den Sportunterricht umfassen, wohingegen bebaute Flächen Wirtschaftsflächen oder Abstellflächen darstellen können.

Freiflächen an Lehrlingswohnheimen und Sozialeinrichtungen waren neu hinzugekommene Freiflächenarten. An Lehrlingswohnheimen sollten Flächen für die sportliche Betätigung und Freizeitgestaltung, aber auch Wirtschaftsflächen angelegt werden. Ähnlich war es bei den Freiflächen an Sozialeinrichtungen. Hier wurden Flächen zum Aufenthalt im Freien für ältere und behinderte Bürger vorgesehen. Für schulbildungsunfähige, förderungsfähige Kinder und Jugendliche wurden funktionsbedingte Freiflächen mit Gruppenspielplätzen, Sport- und Spielanlagen und Neben funktionsflächen mit Schmuck- und Randpflanzungen geplant.

Zum Aufenthalt, zur Kommunikation und Information sollten Freiflächen in gesellschaftlichen Zentren anregen. Auch hier wurden zur Gestaltung Elemente wie Sitzplätze, künstlerische Arbeiten, Brunnen oder Plastiken vorgeschlagen.

---

<sup>62</sup> Komplexrichtlinie (1985), S. 50.

Spielanlagen für Kinder und Jugendliche sollten vielseitige Möglichkeiten zur Betätigung im Freien bieten und vorwiegend im Wohnbereich errichtet werden. Auch wurde vorgegeben, Spielbereiche zusammenzufassen und zu gliedern und in Wohngebietsparks zu integrieren bzw. mit Sportplatzanlagen zu verbinden.

Bei Sportplatzanlagen wurden keine weiteren Ausführungen vorgenommen, lediglich die Angliederung an Sporthallen wurde angeregt.

Stadtplätze, Grünverbindungen, Parks und Kleingartenanlagen wurden zusammengefasst und bildeten eine eigenständige Freiflächenart. Sie alle sollten der kurzzeitigen Erholung dienen und deshalb erhalten, rekonstruiert oder ggf. erweitert werden. Ebenso sollten sie in die städtebauliche Planung einbezogen und mit den gesellschaftlichen Zentren verbunden werden.

In der Publikation *Freiflächen in Städten* wird erstmalig von selbständigen und objektgebundenen Freiflächen gesprochen. Diese zwei Kategorien zu benennen, war für die Unterscheidung der Freiflächen notwendig. Allerdings wird hier nicht weiter auf die Zuordnung der Freiflächen eingegangen.<sup>63</sup> Ende der 1970er Jahre wurden grundsätzlich folgende Freiflächenkategorien unterschieden: naturräumliche Freiflächen, selbständige Freiflächen und objektgebundene Freiflächen (siehe Tab. 2).<sup>64</sup>

Tab. 2: Die drei Freiflächenkategorien mit den dazugehörenden Freiflächenarten sowie Beispiele

<b>Naturräumliche Freiflächen</b>		<b>Selbständige Freiflächen</b>		<b>Objektgebundene Freiflächen</b>	
Forstflächen	wie: Stadtwälder, forstwirtschaftliche Nutzflächen	Parks, Grünzüge	wie: Uferbereiche, Wallanlagen, Tierparks etc.	Wohngebiete, Mischgebiete	wie: Freiflächen an Wohngebäuden, Kinderkrippen, Schulen, Krankenhäuser etc.

<sup>63</sup> Vgl. Greiner [u. a.]: *Freiflächen in Städten*, S. 35.

<sup>64</sup> Modifiziert nach: Greiner, Johann: *Erholungsgebiete (Abschnitt 9)*. In: *Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte*, 1979, S. 240.

Landwirtschaftliche Nutzflächen	wie: Dauergrünland, Ackerland	Stadtplätze, Grünverbindungen	wie: Fußgängerbereiche, Promenaden	Freiflächen an Arbeitsstätten	wie: Technische Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung
Wasserflächen	wie: stehende und fließende Gewässer	Kleingartenanlagen	wie: Kleingärten, Wochenendsiedlungen		
Sonstige Freiflächen	wie: Abbauland, Unland, Ödland	Sportanlagen	wie: Sportplätze, Freibäder		
		Friedhöfe, Ehrenhaine			

### 3.3 Freiflächensysteme

Um die verschiedenen Freiflächen innerhalb der Städte optimal zu verteilen, bedurfte es verschiedener Modelle, die die gleichmäßige Verteilung gewährleisteten sowie die verstreut liegenden Freiflächen untereinander verbanden. Die Vernetzung der Freiflächen sollte auch bewirken, dass die Bevölkerung ohne lange Wege in die naturnahe Landschaft bzw. in die Erholungsgebiete gelangte. Die Entwicklung von Freiflächensystemen gehörte zu den Aufgaben der städtebaulichen Planung, die dafür Sorge trugen, dass, je nach Lage und Größe der Stadt sowie den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechend, genügend Freiflächen angelegt wurden. Bei Stadterweiterungen sollten vorhandene Freiflächen und Naturgegebenheiten in die bestehende Stadtstruktur integriert werden.

Wie bereits in Kapitel 2 beschrieben, wurden seit Ende des 19. Jahrhunderts verschiedene Freiflächensysteme entwickelt. Laut dem Kapitel Erholungsgebiete in der Publikation *Städtebau* wurde auf drei Prinzipien bei der Planung von Freiflächensystemen Wert gelegt:

**Gestaltung von landschaftlich geprägten Teilgebieten:** Dadurch sollten attraktive Gebiete für die Erholung der Bevölkerung geschaffen sowie das Unverwechselbare einer Stadt hervorgehoben werden. Zudem sollte die Erhaltung des Gleichgewichts im Land-

schaftshaushalt gewahrt werden. Darunter fielen Gewässer und deren Ufer, die für die Erholung und zum Sport freigehalten oder als Promenaden ausgebaut werden sollten. Auch Täler, Hänge und Kuppen waren von der Bebauung freizuhalten, da sie zum Spaziergehen vorgesehen waren.

**Erhaltung und Entwicklung der Großvegetation:** Für die planmäßige Erweiterung der Erholungsgebiete sollten Konzeptionen für die Vegetationsverteilung und –zusammensetzung erarbeitet werden, welche auch land- und forstwirtschaftliche Gehölzbestände umfassten.

**Rekultivierung und Umgestaltung verwüsteter Landschaft:** Eine erfolgreiche Flächennutzung sowie günstige Voraussetzungen zur Erweiterung der Erholungsgebiete bot die Wiedergewinnung verwüsteter Landschaften. Kiesgruben sollten für Freibäder genutzt werden. Auch geordnete Abfalldeponien sollten die systematische Reduzierung von bestehenden Deponien sowie die Integration in das Freiflächensystem ermöglichen. Tagebaufolgelandschaften sollten rekultiviert werden, da große Flächen für Erholungsgebiete vorgesehen waren. Diese sollten durch Rad- und Wanderwege für die Bevölkerung zugänglich gemacht werden.<sup>65</sup>

Im Fachbereichsstandard TGL 113-0373 wurden einige Freiflächen aufgezählt, die zu Freiflächensystemen aufgebaut werden sollten. Dazu gehörten:

- Parks, begrünte Stadtplätze, Grünverbindungen, Sportplätze, Kleingartenanlagen und Friedhöfe
- Botanische Gärten, Historische Parks, Ehrenhaine
- Grundstücke, die nicht bebaut werden dürfen
- Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete
- Überschwemmungsgebiete
- oder Schwemmsandgebiete

Weiterhin wurden Anforderungen beim Aufbau von Freiflächensystemen aufgeführt. Demnach mussten Freiflächen in unmittelbarer Umgebung der Wohnungen gelegen sein. Über Rad- und Wanderwege sollte die Bevölkerung das Stadtzentrum erreichen können. Eine weitere Anforderung war die Herstellung einer räumlichen Verbindung zwischen den

---

<sup>65</sup> Vgl. Greiner: Erholungsgebiete, S. 235 ff.

einzelnen Freiflächen und eine Verbindung der Freiflächen untereinander mittels Grünverbindungen.<sup>66</sup>

### 3.4 Aufgaben und Ziele von Freiflächensystemen

Freiflächen innerhalb der Städte sollten nicht nur bessere hygienische Bedingungen für die Bevölkerung schaffen. Sie sollten auch einen positiven Einfluss auf das Stadtbild und -klima ausüben und darüber hinaus alle Möglichkeiten bieten, der Bevölkerung genügend Erholung zu verschaffen. Das Ziel der Freiraumplanung sah die Persönlichkeitsentwicklung der Bürger vor und die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen. Um dies zu verwirklichen, waren eine gesunde Lebensweise, eine sinnvolle Freizeitgestaltung sowie kulturelle Gemeinschaftserlebnisse Voraussetzung.<sup>67</sup>

Aufgabe der Freiflächensysteme sollte es sein, eine harmonische Verbindung zwischen der Stadt und den sie umgebenden Wäldern und Grünflächen herzustellen. Naturgegebenheiten sollten in das Stadtbild einbezogen und vorhandene Freiflächen in der Stadt zusammengefasst bzw. verteilt werden, so dass die Bürger einen hohen ökologischen Nutzen davon hatten. Dabei sollten Grünverbindungen, Einzelanlagen, Hauptbewegungsachsen und Fußgängerzonen miteinander zu einem wirksamen System vernetzt werden. Dort, wo funktionelle oder ökologische Anforderungen an Freiflächen, wie z. B. Sport- oder Erholungsanlagen, nicht umgesetzt werden konnten, wurden Erweiterungen angestrebt, die zur Verbesserung des Stadtbildes beitrugen und eine höhere Nutzung durch die Bürger gewährleisten sollten. Denkmale sollten erhalten und in bestehende Freiflächensysteme der Stadt integriert werden, wobei diese als Grundgerüst verstanden wurden. Auch Uferzonen, Wasserläufe und Wasserspeicher sollten in vorhandene Freiflächensysteme einbezogen und gegebenenfalls ausgebaut werden, um sie für die Bevölkerung zugänglich zu machen. Besonders auf die Erweiterung der Fußgängerbereiche, die eine Verbindung zwischen den Wohngebieten einer Stadt und den Erholungsgebieten darstellten, sollte geachtet werden. Sie sollten außerdem Wohngebiete und Arbeitsstätten untereinander und mit dem Stadtzentrum sowie mit der näheren Umgebung der Stadt verbinden. Auch die Bewahrung und Weiterentwicklung des Stadtbildes und der Stadt-

---

<sup>66</sup> Vgl. TGL 113-0373 Freiflächen, S. 2.

<sup>67</sup> Vgl. Greiner: Erholungsgebiete, S. 236.

struktur sowie die funktionsgerechte Einordnung von Nutzungsansprüchen durch die Bevölkerung stellten wichtige Aufgaben der Freiflächensysteme dar.<sup>68</sup>

### 3.5 Planung und Gestaltung von Freiflächen im Wohnbereich

Freiflächen und Grünanlagen in den Wohnbereichen der Städte sollten die Bevölkerung zur intensiven Freizeitgestaltung außerhalb der Wohnungen anregen und das Wohlbefinden und die Lebensbedingungen positiv beeinflussen. Um dies zu gewährleisten, bedurfte es einer raschen und effektiven Planung der Freiflächen. Allgemeine Planungsgrundsätze sahen vor, erforderliche Spielanlagen für Kinder und Jugendliche anzulegen, in denen Sport getrieben werden konnte und der Aufenthalt und die Kommunikation sowie die Geselligkeit der Bevölkerung im Freien gewährleistet wurden. Auch ein bioklimatischer, hygienischer und ökologischer Anteil an Bäumen und Sträuchern sollte erhalten bzw. neu gepflanzt werden. Ein dritter Planungsgrundsatz betraf die Wohnumwelt der Bevölkerung, die mit Hilfe der Landschaftsarchitektur und der bildenden Kunst die ästhetische Lebensqualität erhöhen sollte.<sup>69</sup>

Die Planung und Gestaltung von Freiflächensystemen war in den Generalbebauungsplanungen festgelegt. Ihnen unterstanden die Bebauungskonzeptionen für einzelne Wohngebiete, die wesentliche funktionelle und gestalterische Aussagen zu städtischen Freiflächen beinhalteten sowie den Forderungen der verbindlichen Komplexrichtlinien entsprachen. Für die Erarbeitung der Bebauungskonzeptionen werden nachfolgend einige wichtige Anhaltspunkte zur Planung und Gestaltung von Freiflächen aufgeführt.

Zusammenhängende Freiflächensysteme sollten neben den positiven Auswirkungen auf die Bevölkerung auch eine funktionelle Differenzierung der Wohnbereiche in Verkehrserschließungs- und verkehrsfreie Grünräume gewährleisten. Demnach wurde jedem Wohngebäude eine Freifläche zugeordnet, der die Kinder vor Lärm und Abgasen schützen sollte. So entstanden automatisch größere verkehrsfreie Gebäudeabstände. Angestrebt wurden auch direkte Verbindungen zwischen Wohngebietszentren und Grünanlagen mittels Fußgängerbereichen, um die Freiflächen untereinander zu einem Freiflächensystem zu verbinden. Die Nutzung der landschaftlichen Gegebenheiten wurde empfohlen, da diese oft ein besonderes Wohnumfeld und ein unverwechselbares Stadtbild schuf. Aus

---

<sup>68</sup> Vgl. Greiner [u.a.]: Freiflächensystem der Stadt, S. 10 f.

<sup>69</sup> Vgl. Komplexrichtlinie (1985), S. 47.

diesem Grund wurden in vielen Bebauungskonzeptionen die Lage und Richtung der Hauptfußgängerzonen nach der Silhouette der Stadt ausgerichtet. Bei den Spiel- und Sportplatzanlagen für die bis zu 12-jährigen Kinder sollte die wohnungsnah Lage beachtet werden. Angedacht wurde, die Anlagen für 12- bis 16-jährige Jugendliche in Fußgängerbereichen oder am Wohngebietsrand zu errichten. Allerdings seien angrenzende Parks oder Naherholungsgebiete besser für die Errichtung von Spielanlagen geeignet. Empfohlen wurde auch, dass die Spiel- und Sportanlagen von vornherein als feststehende Planungseinheit in die Bebauungskonzeptionen vorgegeben werden sollten. Aber auch die Zusammenfassung einzelner Spiel- und Sportanlagen zu Wohngebietssportplatzanlagen wurde angeregt. Die Wohnqualität der Bevölkerung sollten Parks und Erholungsgebiete in nächster Umgebung verbessern. Auch hier wurde empfohlen, diese als einheitliches Ganzes zu betrachten und in die Planungen von Anfang an einzubeziehen. Die Integration von Spiel- und Sportplatzanlagen in vorhandene Parks sollten Voraussetzungen für den Ausbau von Parks schaffen. Einen weiteren Aspekt bei der Planung von Freiflächen in Wohnbereichen bildeten Wohnterrassen, Mieter- und Kleingärten. Besonders Erdgeschosswohnungen sollten mit diesen ausgestattet werden.<sup>70</sup>

1972 wurden von Horst Baeseler<sup>71</sup> Empfehlungen für die Planung von Freiflächen in Wohngebieten verfasst. Dabei bezog sich der Verfasser auf eine Forschungsarbeit der Deutschen Bauakademie (DBA) mit dem Titel *Entwicklungstendenzen des Bedarfs und der Ausstattung von Freiräumen in städtischen Teilgebieten*<sup>72</sup> und erläuterte die drei Empfehlungen dieses Berichts. Die erste Empfehlung beschäftigte sich mit dem Freiflächenanteil, welcher für die Wohngebiete berechnet werden musste. Bei neu zu gestaltenden oder umzugestaltenden Wohngebieten sollte ein Mindestbedarf an Freiflächen ermittelt werden, der als Anteil der Gesamtfläche des Wohngebietes bestimmt wurde. Die nachfolgende Tabelle (S. 34) soll den Mindestbedarf an Freiflächen in m<sup>2</sup>/Einwohner in Wohngebieten darstellen<sup>73</sup>.

---

<sup>70</sup> Vgl. Thiemann, H.: Zur Planung von Freiflächen und Freiräumen in Wohngebieten. In: Landschaftsarchitektur DDR (1979), Heft 8, S. 74 - 76.

<sup>71</sup> Horst Baeseler (1930 - 1992) war ein deutscher Gartenarchitekt, der in den Bereichen Freiflächen, Grünanlagen, Kinderspielflächen und Landschaftsarchitektur tätig war. Siehe dazu: IRS Erkner, Beständeübersicht Teil G Nachlässe unter [www.irs-net.de/download/profil/Bestandsuebersicht\\_Teil-G.pdf](http://www.irs-net.de/download/profil/Bestandsuebersicht_Teil-G.pdf).

<sup>72</sup> Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Forschungsband sozialistischer Städtebau, unveröffentlichter Forschungsbericht, Berlin 1971.

<sup>73</sup> Tabelle modifiziert nach: Baeseler, Horst: Empfehlungen für die städtebauliche Planung von Freiflächen in Wohngebieten. In: Landschaftsarchitektur (1972), Heft 3, S. 72.

Tab. 3: Freiflächenanteil der gesamten Fläche eines Wohngebiets in m<sup>2</sup>/Einwohner

Freiflächen an Wohnbauten	4,0 m <sup>2</sup> bis 5,0 m <sup>2</sup>	Spielflächen	1,2 m <sup>2</sup>
		Wirtschaftsflächen	1,0 m <sup>2</sup>
		Wege und Pflanzungen	2,8 m <sup>2</sup>
Freiflächen an Vorschuleinrichtungen	2,25 m <sup>2</sup>	Freiflächen an Kinderkrippen	0,75 m <sup>2</sup>
		Freiflächen an Kindergärten	1,5 m <sup>2</sup>
Freiflächen an gesellschaftlichen Einrichtungen	9,0 m <sup>2</sup>	Freiflächen an Vorschuleinrichtungen	2,25 m <sup>2</sup>
		Freiflächen an Schulen (ohne Schulsport)	1,9 m <sup>2</sup> bis 2,3 m <sup>2</sup>
		Sport- und Tummelplätze (mit Schulsport)	4,0 m <sup>2</sup>
		Freiflächen an sonstigen gesellschaftlichen Einrichtungen	0,4 m <sup>2</sup>
<b>Insgesamt</b>	<b>14,0 m<sup>2</sup> bis 15,0 m<sup>2</sup> Freiflächen im Wohngebiet</b>		

Die wachsenden Anforderungen seitens der Bevölkerung an die eigene Freizeitgestaltung wurden in der zweiten Empfehlung näher betrachtet. Den Berechnungen zufolge sollten sich in den 1980er Jahren rund  $\frac{2}{3}$  der Bevölkerung sportlich betätigen, wobei auch der Erholungsbereich für Familien weiter in den Mittelpunkt der Planungen einbezogen werden sollte. Um die städtebaukünstlerische Qualität und Wirtschaftlichkeit der Wohngebiete zu erhöhen, die hygienischen Bedingungen zu verbessern sowie die Kommunikationsdichte zu vergrößern, sollte ein Mindestabstand zwischen den Wohnbauten eingehalten werden. Dieser sollte auch die Differenzierung der einzelnen Funktionsbereiche, wie Verkehrsraum und Erholungsraum, gewährleisten. Sportplatzflächen sollten innerhalb der Wohngebiete zu Wohngebiets-sportplatzanlagen zusammengefasst werden und nicht weiter als 1.250 m von den Wohnungen aus erreichbar sein. Die Schulen in näherer Umgebung sollten dort ihren Sportunterricht abhalten, sofern diese nicht weiter als 500 m entfernt lagen. Um die bioklimatische Wirkung von Vegetationsflächen zu verbessern, sollten Wohngebietsparks errichtet werden, in denen nicht nur Sportanlagen, sondern auch Tummelplätze und weitere Erholungsflächen enthalten sein sollten. Diese Vegetationsflächen sollten leicht zu pflegen sein und die Gestaltung vielfältiger und attraktiver Straßenräume und Erholungsflächen gestatten.

Die dritte Empfehlung befasste sich mit der Schaffung von günstigen Bedingungen für die Grünanlagenunterhaltung. Die stetig wachsenden Grünanlagen und deren Pflege soll-

te durch die Betriebe für Grünanlagenunterhaltung übernommen werden. Um dieser neuen Anforderung gerecht zu werden, empfahl die DBA, den Zuwachs an neuen Grünanlagen auf das geforderte Mindestmaß zu begrenzen. Bestehende Grünanlagen sollten lediglich ausgebaut und eventuell erweitert werden, wohingegen die Neuplanung von Grünflächen nur in unterversorgten Städten durchgeführt werden sollte. Zudem sollte der Anteil an kleinen Parkanlagen dezimiert werden, so dass diese in die Planung pflegeintensiver Anlagen innerhalb der Stadt einbezogen werden konnten. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass überwiegend Pflanzungen gleicher Pflegeintensität in die Grünanlagen integriert wurden.<sup>74</sup>

Wie in den Empfehlungen von Horst Baeseler beschrieben, lassen sich auch in den Komplexrichtlinien der Jahre 1976 bis 1980, 1981 bis 1985 sowie 1986 bis 1990 Angaben zur Planung und Gestaltung von Freiflächen finden. An dieser Stelle werden stellvertretend die Planungsgrundsätze der letzten Komplexrichtlinie von 1986 bis 1990 erläutert.

Für das jeweilige Wohngebiet sollten im Rahmen der städtebaulichen Leitplanung sowie unter Anwesenheit des örtlichen Rates Netzkonzeptionen erarbeitet werden. Diese sollten vorhandene Grundstücke, Arbeitsstätten, Stadtplätze, alle öffentlichen Grünanlagen sowie Spiel- und Sportplatzanlagen in die Planung einbeziehen. Auch landschaftliche Naturgegebenheiten, wie Wasserflächen, Teiche oder Wasserläufe, sollten erhalten und in die Freifächensysteme integriert werden. Weiterhin wurde verlangt, dass in dicht bebauten Wohnbereichen der Freiflächenanteil schrittweise erhöht werden sollte. Spiel- und Erholungsmöglichkeiten sollten ausgebaut werden, um die hygienischen und bioklimatischen Bedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Bei der Planung neuer Wohngebiete allerdings sollte darauf geachtet werden, dass die Freiflächen und Grünanlagen konzentriert angelegt und der Effektivität durch den gemeinsamen Gebrauch verschiedener Bevölkerungsgruppen entsprochen werden. Falls jedoch ein Wohngebiet einen hohen Anteil an Freiflächen vorweist, sollten diese den verschiedenen Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst werden. In allen Fällen sollten erforderliche neue Parks, Grünanlagen etc. so in die Wohngebiete integriert werden, dass diese das Freiraumsystem ergänzen, die Wohngebiete zusätzlich gliedern, Fußgängerbereiche bilden und die Luftzirkulation unterstützen sollten. In einem weiteren Punkt wurde festgestellt, dass das natürliche Geländeprofil erhalten und Veränderungen nur zugelassen werden sollten, wenn diese der Geländemodellierung dienen. Zusätzlich zur Netzkonzeption mussten Bepflanzungskonzeptionen vorgelegt werden, in denen die zu verwendenden Baumarten und

---

<sup>74</sup> Vgl. Baeseler: Empfehlungen für die städtebauliche Planung von Freiflächen in Wohngebieten, S. 72 - 76.

deren Verteilung beschrieben wurden. Vorgesehen waren auch eine verfeinerte Gestaltung der Freiflächen mit Bäumen, Sträuchern und Rasenflächen sowie das Pflanzen von Baumreihen oder Baumalleen. Um die bepflanzten Flächen zu vermehren, sollten Fassaden und Mauern begrünt sowie befestigte Flächen in Wohnhöfen reduziert werden. Laut der Komplexrichtlinie sollten in neu geplanten Wohngebieten die bepflanzten Flächen ca. 70 % der Gesamtfreiflächen betragen.<sup>75</sup>

Doch nicht immer konnten die geforderten Richtwerte eingehalten und die damit verknüpften Vorstellungen realisiert werden. Allgemeine Schwierigkeiten traten bei der funktionellen und ästhetischen Qualität der Freiflächen, bei der Gestaltung der Hauseingangsbereiche und der Durchgänge, bei öffentlichen und individuellen Erholungsbereichen sowie bei der Anordnung und Gestaltung von Wirtschaftsbereichen auf. Diese Probleme zeigte eine Studie auf, deren zusammenfassende Darstellung an dieser Stelle aufgezeigt und auf die ergänzenden Vorschläge der Autoren eingegangen wird.

Die funktionelle und ästhetische Qualität der Wohngebiete konnte nach Meinung der Autoren durch Überwindung der Monotonie in der Gestaltung gesteigert werden. Durch die Schaffung neuer Nutzungsangebote und die effektivere Gestaltung der bepflanzten Flächen sollten die bioklimatischen Bedingungen erhöht und neue Freiflächen ermittelt werden. Ein abwechslungsreicher Wechsel vom Wohngebäude zu den Freiflächen sollte eine weitere Möglichkeit darstellen, diese interessanter zu gestalten. Hauseingangsbereiche und öffentliche Durchgänge stellten einen Verbindungsweg zwischen Wohnung und Freiflächen dar, in denen die Hausbewohner erste Kontakte untereinander herstellen konnten. Diese Bereiche galt es stärker zu gestalten, um so den zweckgerechten, wirtschaftlichen und künstlerischen Gesichtspunkt der Wohnqualität zu steigern. Um dies zu gewährleisten, sollten Hauseingangsbereiche und Durchgänge mit dem Fußgängerbereich vernetzt und zudem einladend gestaltet werden. Ausgehend von der wohnungsnahen Freizeitgestaltung der Bevölkerung, wurde dem öffentlichen Erholungsbereich große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Autoren empfahlen eine interessantere Gestaltung der Spielanlagen für Kinder durch eine Anlagenbepflanzung mit Bäumen oder Sträuchern. Auch sollten die Verbreiterung der Wege oder ebenmäßig angelegte Rasenflächen zur weiteren Nutzung durch Kinder und Jugendliche beitragen. Darüber hinaus sollte ein zusammenhängendes Netz aus Spazierwegen angelegt werden, welches sich möglichst durch das gesamte Wohngebiet erstrecken sollte, aber auch Möglichkeiten zum Verweilen bot. Deshalb sollten dort, aber auch an Hauseingängen, mehr Sitzmöglichkeiten realisiert

---

<sup>75</sup> Vgl. Komplexrichtlinie (1985), S. 47 ff.

werden. Die Gestaltung individueller Erholungsbereiche bezog sich auf das Anlegen von Wohnterrassen und Mietergärten. Wohnterrassen sollten grundsätzlich nur in verkehrsfreien Bereichen errichtet und durch einen direkten Zugangsweg erreicht werden. Mietergärten dagegen sollten mindestens 100 m<sup>2</sup> Fläche besitzen und nicht im Dauerschattenbereich von Gebäuden angelegt werden. Diese sollten jedoch nur ausgeführt werden, wenn alle anderen vorhandenen Flächen für Spielplätze, hauswirtschaftliche Interessen etc. ausgewiesen wurden. Die Komplexbildung der Mietergärten sowie deren einheitliche Bepflanzung oder Umzäunung wurde von den Autoren empfohlen. Aufgrund der Ausweitung von Industriegeschäften und der Zunahme der häuslichen Waschmaschinen wurde hinsichtlich der Planung von Wäschetrockenplätzen lediglich die Einhaltung der Abstände zu den Spielanlagen und Müllsammelstellen angeführt. Die Müllsammelstellen dagegen stellten ein wesentlich größeres Problem dar. Mülltonnen und -container wurden direkt vor den Hauseingängen platziert, deshalb tendierten die Verfasser zu einem eingegrüntem Müllsammelplatz, der an der Giebelseite der Wohnhäuser ausgestaltet werden sollte. Die Konzentrierung der Speiseabfälle und Müllplätze wurde angeregt und zudem die Zuordnung zum Verkehrserschließungsraum vorgeschlagen. Um einen Sichtschutz zu gewährleisten, wurde eine grundlegende Ausstattung mit Bepflanzungen angeregt und empfohlen, die Müllsammelstellen in die Wohngebäude zu verlegen bzw. direkt an die Gebäude anzugliedern.<sup>76</sup>

### 3.6 Zwischenfazit

Anders als in den beschriebenen Wiederaufbauplänen bis 1949 spielten die Freiflächen und Grünanlagen ab 1950 eine eher unwichtige Rolle. Wie schon im Zehlendorf-Plan vorgeschlagen, wurde dem Verkehrsausbau mehr und mehr Gewicht beigemessen. Der daraus resultierende Mangel an Freiflächen konnte bis zum Zusammenschluss beider Teile Berlins nicht behoben werden. Im Zeitraum zwischen 1950 und 1960 wurden rechtliche Wege zur Inanspruchnahme von Grundstücken geschaffen und versucht, die Freiraumplanung in die städtebauliche Planung zu integrieren. Zudem wurden Grundlagen für die Bemessung, Ausstattung und Gestaltung von Freiflächenarten ausgearbeitet. Erst ab 1960 konnten die bis dahin gewonnenen Ergebnisse umgesetzt werden, wodurch die Vernetzung von Freiflächen zu Freiflächensystemen mehr an Bedeutung gewann. Ein

---

<sup>76</sup> Vgl. Baeseler, Horst [u.a.]: Gestaltung von Freiräumen in Wohnbereichen. In: Architektur der DDR (1980), Heft 5, S.S. 290 - 304.

weiterer Fortschritt in der Freiraumplanung bildete das Landeskulturgesetz aus dem Jahr 1970, welches Festlegungen zur Pflege und Gestaltung der Landschaft, zur Erhaltung und zum Ausbau von Erholungsgebieten beinhaltet.<sup>77</sup>

Die Siedlungs- und Verkehrsflächen in der DDR nahmen bis 1990 von 39 % auf 51,9 % zu. In Gesamtberlin waren zu Beginn der 1990er Jahre rund 47 % der Stadtfläche nicht bebaut, d. h. nur ca. 41.000 ha waren für Erholungs-, Wald-, Landwirtschafts- und Wasserflächen vorgesehen. Durch den Bau der Großsiedlungen in Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen ab 1975 sowie die Entwicklung der Industriegebiete im Nordosten war der Verlust an Freiflächen besonders hoch. War der Bedarf an öffentlichen Grünflächen zu Beginn des 20. Jahrhunderts relativ groß, wurden seit 1950 nur noch wenige Park- und Grünanlagen neu entwickelt, wie z. B. der Ernst-Thälmann-Park in Berlin-Prenzlauer Berg.<sup>78</sup>

---

<sup>77</sup> Vgl. Greiner: Freiflächenplanung für Städte in der ehemaligen DDR, S. 9 ff.

<sup>78</sup> Vgl. Schwenk: Lexikon Berliner Stadtentwicklung, S. 277 f.

## **4 Bedeutende Personen in der DDR-Freiraumplanung**

An dieser Stelle der Arbeit werden drei DDR-Freiraumplaner vorgestellt und deren Leben und Wirken erläutert. Diese Personen stehen stellvertretend für sämtliche Landschafts- und Gartenarchitekten der DDR und sollen einen Eindruck vermitteln, welche Arbeiten die Akteure zu bewältigen hatten. Um den Bezug zum ETP herzustellen, wird in Abschnitt 4.3 auf einen Garten- und –Landschaftsarchitekten eingegangen, der maßgeblich an der Freiflächenkonzeption des ETP beteiligt war.

### **4.1 Landschafts- und Gartenarchitekt Reinhold Lingner**

Reinhold Lingner war einer der führenden Landschafts- und Gartenarchitekten der DDR. Er wurde am 27. Juni 1902 in Berlin als Sohn eines Architekten geboren. Seine Schulzeit verlebte er auf dem Humanistischen Gymnasium in Berlin-Charlottenburg, wo er 1919 mit der Obersekundarreife abschloss. Am 1. Oktober 1919 begann Lingner eine Gärtnerlehre in der Baumschule der Firma Ludwig Späth, die er 1921 abschloss. Die folgenden zwei Jahre arbeitete er als Gärtnergehilfe u. a. in Österreich, Cottbus, Berlin und Stuttgart. Im November 1923 schrieb er sich an der Technischen Hochschule Stuttgart im Studiengang Architektur ein, wo er bis März 1925 als Gasthörer an den Vorlesungen teilnahm. In seinem letzten Studienjahr an der Technischen Hochschule Stuttgart arbeitete er nebenbei als Gartenarchitekt in Hannover. Seinen Abschluss als Gartenbautechniker erwarb er in der Zeit von Oktober 1925 bis August 1927 an der Höheren Lehranstalt für Gartenbau in Berlin-Dahlem. Nach dieser Ausbildung begann er seine Tätigkeit als Leiter der Amtlichen Deutschen Kriegsgräberfürsorge für Belgien, wo er Pläne für Soldatenfriedhöfe für die Opfer des Ersten Weltkriegs entwarf. Auf diesen Kenntnissen aufbauend, begann er ein weiteres Studium an der Höheren Lehranstalt für Gartenbau in Berlin-Dahlem. Dieses schloss er 1932 als Diplom-Gartenbauinspektor ab. In diesem Jahr verlobte sich Reinhard Lingner mit Alice Kerling, die Mitglied in der Kommunistischen Partei Deutschlands war. Mit der Heirat am 23.10.1933 wurde Lingner, aus politischen Gründen, fristlos aus der Kriegsgräberfürsorge entlassen. Daraufhin emigrierten beide im Februar 1934 nach Südfrankreich. Dort wurde Lingner am Aufbau der Académie Européenne Mediter-

ranée<sup>79</sup> in Cavalière beteiligt. Doch die wirtschaftliche Lage der Initiatoren, H. Th. Wijdeveld<sup>80</sup> gehörte u. a. dazu, und ein verheerender Brand ließen dieses Vorhaben scheitern. Auf der Suche nach Arbeit reisten Reinhold und Alice Lingner durch Belgien, Holland und Frankreich. Aus Angst vor der Existenznot kehrten beide im Jahr 1936 wieder nach Deutschland zurück. Nach mehreren kurzfristigen Arbeitsaufenthalten in Langenfeld bei dem Landschaftsarchitekten Reinhold Hoemann und in Düsseldorf bei dem Gartenarchitekten Joseph Buerbaum, bekam Lingner 1937 eine Stelle bei den Gartenarchitekten Paul und Walter Roehse in Gütersloh. Nach fünf Jahren Arbeitseinsatz bei den Brüdern Roehse machte sich Lingner im Mai 1942 selbständig und arbeitete überwiegend in Eichenbrück im Wartheland. Dort gestaltete er Grünflächen für kleine Städte, bis er im Januar 1945 wieder nach Berlin zurückkehrte.

Im Juni 1945 wurde er von Hans Scharoun zur Leitung und zum Aufbau des Hauptamtes für Grünplanung in der Abteilung Bau- und Wohnungswesen des Magistrats von Berlin berufen. Von der marxistisch-leninistischen Grundposition überzeugt, wollte er Kulturlandschaften formen, in denen die Städte integriert und sämtliche Naturgegebenheiten erhalten bleiben sollten. Bis 1950 entwarf er die Planungen zu Neugestaltungen des Tiergartens, der Friedhöfe Buckow-West und Pankow-Schönholz. Zugleich übernahm er von 1947 bis 1950 die Leitung der Abteilung Landschaftsplanung des Instituts für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Da im Jahr 1950 das Hauptamt für Grünplanung aufgelöst wurde, musste Lingner einen neuen Arbeitsplatz finden, den er auch bald antrat. Bis 1958 war er Leiter der Abteilung Grünplanung des Instituts für Städtebau und Landesplanung der DBA. In dieser Zeit wirkte er federführend an der Arbeit zur Landschaftsdiagnose der DDR mit und entwarf u. a. für den Ministerpräsidenten der DDR einen Garten und den Park an dessen Amtssitz am Schloss Niederschönhausen sowie zahlreiche Kinderspielplätze. Am 1. Januar 1955 übernahm er parallel die Leitung der Projektierungswerkstatt Grünplanung der Architekturwerkstätten des Ministeriums für Bauwesen, die er bis 1958 behielt. Im Anschluss daran war er als Chefarchitekt der 1. Internationalen Gartenausstellung in Erfurt tätig, die 1961 abgeschlossen wurde. Zum August 1961 wurde Lingner zum Professor mit Lehrauftrag an die Humboldt-Universität zu Berlin berufen, wo er ein Jahr später Direktor des Instituts für Gartengestaltung wurde. Bis

---

<sup>79</sup> Die Académie Européenne Méditerranée war eine europäische Kunstschule an der Côte d'Azur. Das Lehrprogramm war multidisziplinär angelegt und umfasste alle Kunstgattungen einschließlich Musik, Film und Tanz. Siehe dazu: <http://www.docphilol.lmu.de/modules.php?name=News&file=article&sid=620>.

<sup>80</sup> Hendricus Theodorus Wijdeveld (1885 - 1987) war ein niederländischer Architekt und Herausgeber des Architekturmagazins *Wendingen* (zu dt. *Wendungen*, *Umwälzungen*), siehe dazu: <http://www.gerdabreuer.de/Ausstellungen1992.html>.

zu seinem Tod am 1. Januar 1968 übernahm er auch den Lehrstuhl für Gartengestaltung an der Humboldt-Universität zu Berlin.<sup>81</sup>

## 4.2 Landschaftsarchitekt Johann Greiner

Als Sohn eines Drehers und einer Hausfrau wurde Johann Greiner am 12. Oktober 1923 in der österreichischen Hauptstadt Wien geboren. Die wirtschaftliche Situation in den 1920er Jahren zwang die Familie, 1930 nach Singapur und Malaysia zu gehen. Johann Greiners Vater wurde vermutlich dazu verpflichtet, als Instrukteur die örtlichen Arbeitskräfte einzuweisen, nachdem er sich auf den Bau von Diesel- und Dampfmaschinen spezialisiert hatte. Während der gesamten Zeit in Singapur wurde Greiner von seinen Eltern unterrichtet, da die Familie nie lange an einem Ort weilte. 1933 kam die Familie nach Wien zurück, wo Johann Greiner bis 1935 die Volksschule besuchte. Nach nur zwei Jahren Aufenthalt in Wien reisten die Eltern mit Greiners jüngeren Geschwistern wieder nach Singapur. Er und seine ältere Schwester waren bei einer Pflegefamilie untergebracht, um ihre weitere Ausbildung zu absolvieren. Greiner schloss 1938 die Realschule ab und sollte daraufhin eine vom Vater beabsichtigte Ausbildung zum Gärtner aufnehmen. Er selbst wollte zu diesem Zeitpunkt Elektroingenieur werden, wurde aber von seinem Vater überzeugt, doch die Gärtnerausbildung anzufangen. Greiners Vater hatte genaue Vorstellungen, was den beruflichen Werdegang seines Sohnes betraf. Er sollte die gärtnerische Nutzung eines Grundstücks übernehmen, welches der Vater als Hühnerfarm nutzen wollte, um die Existenz der Familie zu sichern.

1938 nahm Johann Greiner die Ausbildung an der privaten Lehranstalt für Garten und Obstbau in Wien-Kagran auf. Im selben Jahr ging der Vater Greiners wieder nach Singapur, ohne Familie, wo er bis 1947 inhaftiert war. In der Zwischenzeit wechselte Johann Greiner 1939 an die Versuchs- und Forschungsanstalt für Wein- und Obstbau und die höhere Obstbauschule in Wien-Klosterneuburg, um die Hochschulberechtigung zu erwerben. Am 26. März 1942 schloss er die Ausbildung mit Auszeichnung ab.

---

<sup>81</sup> Vgl. hierzu: IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Reinhold Lingner: Lebenslauf vom November 1964. Außerdem der Text von Rüdiger Kirsten: Reinhold Lingner zum 85. Geburtstag aus dem Nachlass von Johann Greiner sowie die Kurzbiografie zu Lingner in: Gröning, Gert: Reinhold Lingner. In: Vom Baukünstler zum Komplexprojektanten. Architekten in der DDR. Dokumentation eines IRS-Sammlungsbestandes biographischer Daten, hrsg. v. Dietrich Fürst [u. a.], Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Berlin: IRS 2000, S. 145 - 146.

Doch nur einen Monat später wurde er von der Wehrmacht eingezogen, wo er in der Panzerjäger-Ersatzabteilung eingeteilt war. Danach wurde er in die sogenannte Sommeroffensive des Russlandfeldzugs geschickt, wo er bereits bei der Schlacht bei Charkow verwundet wurde. Greiner wurde ins Wiener Lazarett verlegt, so dass er für ein Semester an der Hochschule für Bodenkultur Wien die Vorlesungen hören konnte. Auf Anraten seiner Lehrer ging Johann Greiner 1943 nach Berlin, wo er am Institut für Landschafts- und Gartengestaltung an der landwirtschaftlichen Fakultät der Friedrich-Wilhelm-Universität, unter Anleitung von Heinrich Wiepking<sup>82</sup>, ein Studium aufnahm. Bis 1945 blieb er zwar Schüler bei Wiepking, schloss sein Studium bei ihm jedoch nie ab. Sein beruflicher Werdegang begann 1946 als Gartenarchitekt bei Walter Rossow<sup>83</sup> in Berlin-Zehlendorf, der ihn für den Abschluss des Studiums beurlaubte. 1947 nahm Greiner erneut sein Studium an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin auf, diesmal bei Georg Bela Pniower<sup>84</sup>, bei dem er ein Jahr später als Diplom-Gärtner abschloss.

Aufgrund der wirtschaftlichen Lage konnte Greiner seine alte Tätigkeit bei Walter Rossow nicht mehr ausüben und wurde an Reinhold Lingner empfohlen. Dort begann er, unter dessen Leitung, 1949 seine Tätigkeit als Leiter des Büros der Entwurfsabteilung in der Abteilung Aufbau – Amt für Grünplanung. Ein Jahr später wechselte Greiner in die Abteilung Grünplanung am Institut für Bauwesen der Akademie der Wissenschaften als Leiter der Forschungsgruppe. Dieses Institut wurde 1951 in die neu gegründete DBA übernommen, wo Greiner ein Jahr später als wissenschaftlicher Mitarbeiter in die außerplanmäßige Aspirantur<sup>85</sup> aufgenommen wurde. 1958 schloss er dort die Aspirantur mit seiner Dissertation zum Thema *Ausgewählte Probleme der Freiflächengestaltung in sozialistischen Wohnkomplexen*<sup>86</sup> ab. Bis zu seinem Ruhestand im Jahr 1984 arbeitete Greiner am oben genannten Institut. In dieser Zeit wurde er Lehrbeauftragter und später Gastpro-

---

<sup>82</sup> Heinrich Wiepking (1891 - 1973) war ein deutscher Landschaftsarchitekt. Ab 1934 hatte er an der Friedrich-Wilhelm Universität Berlin den Lehrstuhl als Professor für Garten- und Landschaftsgestaltung inne. Von 1947 bis 1958 war er Ordinarius für Landespflege, Garten- und Landschaftsgestaltung an der TH Hannover. Siehe dazu: [http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich\\_Wiepking-J%C3%BCrgensmann](http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Wiepking-J%C3%BCrgensmann).

<sup>83</sup> Walter Rossow (1910 - 1992) war ein deutscher Landschaftsarchitekt, der überwiegend in Berlin-Ost tätig war. Unter anderem gestaltete er mit den Architekten Bruno Taut und Hans Hoffman die Schiller-Siedlung in Berlin-Mitte. Siehe dazu: [http://de.wikipedia.org/wiki/Walter\\_Rossow](http://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Rossow).

<sup>84</sup> Georg Bela Pniower (1896 - 1960) war ein deutscher Gartenarchitekt, der aufgrund seiner jüdischen Abstammung ab 1935 ein Berufsverbot erhielt. 1946 wurde er zum ordentlichen Professor sowie zum Inhaber des Lehrstuhls für Gartengestaltung an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin berufen. Siehe dazu: <http://w3.siemens.de/siemens-stadt/pniower0.htm>.

<sup>85</sup> Eine Aspirantur ist eine dem Doktorandenstudium ähnliche Ausbildung, die nach sowjetischem Vorbild, in der DDR üblich war.

<sup>86</sup> Greiner, Johann: *Ausgewählte Probleme der Freiflächengestaltung in sozialistischen Wohnkomplexen*. Dissertation, Deutsche Bauakademie Berlin, 1958.

fessor an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee (1953 - 1988). 1967 wurde er auch als Professor an die DBA berufen. Am 9. Mai 2003 starb Johann Greiner in Berlin.<sup>87</sup>

### 4.3 Garten- und Landschaftsarchitekt Erhard Stefke

Da Erhard Stefke maßgeblich an der Freiraumgestaltung des ETP beteiligt war, wird sein Leben und Wirken hier kurz vorgestellt.

Erhard Stefke wurde am 3. Februar 1931 in Beuten, Oberschlesien geboren. Schon dessen Großvater war Baumeister, der Vater Architekt. Nach seiner Schulzeit begann Stefke im Mai 1945 eine Gärtnerlehre in Zinnowitz, die er 1948 abschloss. Zum Wintersemester desselben Jahres besuchte er die Gartenbauschule in Güstrow, die im Sommersemester 1949 nach Stralsund verlegt wurde. Dort belegte er einen Vorbereitungskurs zur Befähigung des Hochschulstudiums, um anschließend das Studium an der Fachschule für Gartenbau in Dresden-Pillnitz im Fach Garten- und Landschaftsgestaltung aufzunehmen. Im Sommer 1951 schloss er sein Studium unter Anleitung von H. F. Kammeyer<sup>88</sup> ab.

Direkt nach dem Studium wurde Stefke für die Meisterwerkstätten in der Abteilung Grünplanung der DBA, unter der Leitung Reinhold Lingners, angestellt. Dort arbeitete er bis 1964 als Gartenbauingenieur und war u. a. an der Planung der Pionierrepublik Wilhelm-Pieck am Werbellinsee und an der Spreeufergestaltung Berlins beteiligt. 1957 erarbeitete er selbständig einen Freiflächenentwurf für den Wohnkomplex IV in Stalinstadt, heute Eisenhüttenstadt. 1965 wurde Stefke als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Stadtplanung und Architektur der DBA angestellt, wo er 1969 die Neugestaltung des Volkspark Friedrichshain entwarf. Bis zu seinem Wechsel in das Büro für Städtebau im Jahr 1978 war er auch an städtebaulichen Studien für Erholungs- und Neubaugebiete in Leipzig, Dresden und Rostock beteiligt. Parallel zu seiner Arbeit an der DBA nahm Stefke ein Fernstudium an der landwirtschaftlich-gärtnerischen Fakultät der Humboldt Universität

---

<sup>87</sup> Die kurze Darstellung zu Johann Greiners Leben und Wirken beruht auf den Ausführungen von Andrea Gerischer: Biografisches der frühen Jahre oder „wie Johann Greiner Gärtner oder gar Landschaftsplaner wurde“. In: Freiraum komplex. In memoriam: Prof. Dr. Johann Greiner, Landschaftsarchitekt, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2003, S. 65 - 69 sowie dem Lebenslauf aus oben genannter Veröffentlichung auf S. 10 - 11.

<sup>88</sup> Hans Felix Kammeyer (1893 - 1973) war ein deutscher Gartenarchitekt. Ab 1952 arbeitete er in Pillnitz als Abteilungsleiter der Abteilung Gartengestaltung sowie als Dozent an der Versuchs- und Forschungsanstalt für Gartenbau und Höhere Gartenbauschule Pillnitz. Siehe dazu: <http://www.dresden-pillnitzer.info/html/kammeyer.html>.

zu Berlin auf, welches er 1968 als Diplom-Gärtner in der Fachrichtung Garten- und Landeskultur abschloss. Zwischen 1970 und 1971, zu diesem Zeitpunkt wurde die Fachrichtung der Humboldt Universität zu Berlin an die Technische Universität Dresden verlegt, hatte er an der Humboldt Universität zu Berlin einen Lehrauftrag in den Fächern Gartengestaltung und Entwurfsübungen.

1979 wechselte Stefke in das Büro für Städtebau beim Magistrat Berlin, wo er als Stadtplaner im Bereich Freiflächen eingesetzt wurde. Bis 1989 erarbeitete er überwiegend Bebauungskonzeptionen sowie Einzelplanungen für Berliner Großsiedlungen. Erwähnenswert an dieser Stelle ist der Einsatz Stefkes bei der Freiflächengestaltung des Ernst-Thälmann-Parks. 1990 war er Mitarbeiter der Magistratsverwaltung für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Ein Jahr später wurde er in der Abteilung Landschaftsentwicklung und Freiraumplanung bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz angestellt, wo er sich bis zu seiner Verabschiedung im Februar 1996 mit der Entwicklung von Friedhöfen beschäftigte.<sup>89</sup>

---

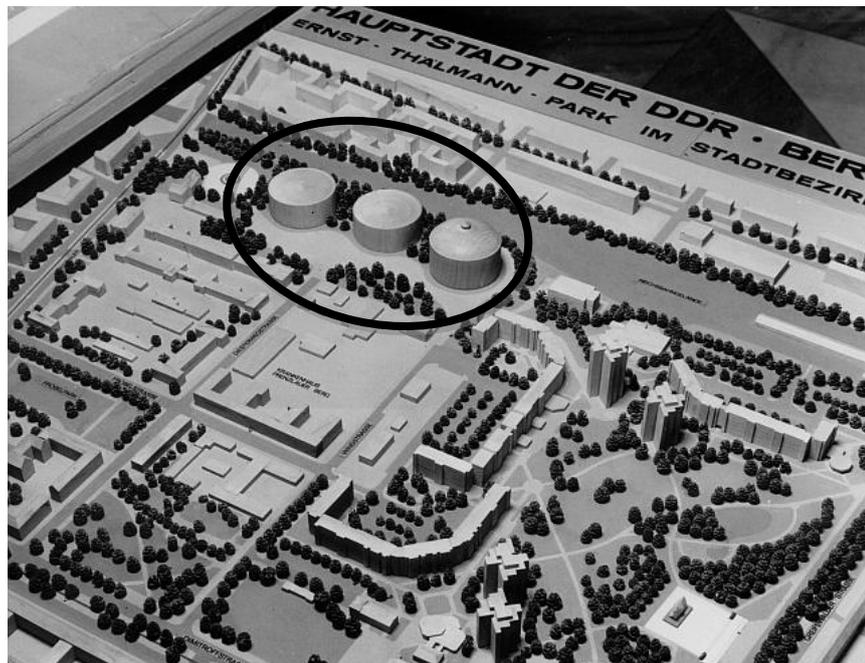
<sup>89</sup> Diese Kurzbiografie beruht auf den Ausführungen von: Zutz, Axel: Erhard Stefke. In: Vom Baukünstler zum Komplexprojektanten. Architekten in der DDR. Dokumentation eines IRS-Sammlungsbestandes biographischer Daten, hrsg. v. Dietrich Fürst [u. a.], Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Berlin: IRS 2000, S. 226 sowie IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Heidrun Günther: Architektenbiografien (1) Erhard Stefke, o. J., S. 1-3.

## 5 Freiraumplanung am Beispiel Ernst-Thälmann-Park Berlin

In diesem letzten Kapitel der Arbeit soll anhand des Ernst-Thälmann-Parks in Berlin-Prenzlauer Berg exemplarisch die Umsetzung des komplexen Wohnungsbaus erläutert werden. Um diesen Park samt Wohnensemble unweit der bebauten Mitte Ost-Berlins realisieren zu können, wurde ab 1981 die IV. Städtische Gasanstalt schrittweise stillgelegt und demontiert. Die Vorgehensweise und die Umsetzung der Bebauung des Geländes werden kurz dargestellt. Darauf aufbauend werden das Projekt, welches im Rahmen des X. Parteitages der Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) beschlossen wurde, vorgestellt und die Bereiche des Ernst-Thälmann-Parks näher erläutert. Zum Schluss dieses Kapitels wird auf den Protest zur Sprengung der Gasometer eingegangen und ein aktueller Bezug zum Ernst-Thälmann-Park gegeben.

### 5.1 Erste Vorstudien und Planungen zum Ernst-Thälmann-Park

Bereits 1978 erstellte das Bezirksbauamt des Magistrats von Berlin eine Studie über den Ernst-Thälmann-Park. Darin hieß es, dass das Gaswerk Dimitroffstraße<sup>90</sup> ab 1981 stufenweise demontiert werden und an dessen Stelle ein „Kultur- und Erholungspark Ernst Thälmann“ entstehen soll-



Quelle: Museumsverbund Pankow: FA 030227

Abb. 1: ETP-Modell mit den drei Gasometern.

<sup>90</sup> Bis 1950 hieß die Dimitroffstraße, benannt nach dem bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff, noch Danziger Straße, die 1995 wieder in Danziger Straße umbenannt wurde. Siehe dazu: [http://www.alt-berlin.info/seiten/str\\_d\\_0.htm](http://www.alt-berlin.info/seiten/str_d_0.htm).

te. Als Ergebnis war „... ein multifunktionales Kommunikationszentrum von stadtbezirklicher Bedeutung ...“<sup>91</sup> geplant. Schon in dieser Studie stand das Thälmann-Denkmal mit dem Ehrenplatz im Mittelpunkt der Planungen, welches erstmals auf dem Nordmarkplatz<sup>92</sup> errichtet werden sollte. Hier findet sich der Hinweis, dass die drei Gasometer erhalten und in eine eingeschossige Umbauung eingebunden werden sollten (siehe Abb. 1, S. 45).<sup>93</sup> Geplant war, dass in einem Gasometer das Planetarium, im zweiten ein Jugendhaus und im dritten Gasometer ein Solarium entstehen sollte. Ursprünglich sollte der ETP, einschließlich Nordmarkplatz, eine Gesamtgröße von 30,65 ha umfassen, wobei die Grünanlagen ca. 26 ha ausmachen sollten. Den Berechnungen der Studie zufolge, wurden Ausgaben in Höhe von 263.622.000 Mark der DDR eingeplant. Auch Angaben zur Nutzung sind hier zu finden, wonach mit durchschnittlich 50.000 Besuchern pro Tag gerechnet wurde. Dies entspräche bei gutem Wetter 12.000, bei Veranstaltungen sogar 36.000 und bei schlechtem Wetter immerhin 6.000 Menschen, die den Park und seine Einrichtungen gleichzeitig nutzen könnten.<sup>94</sup>

## 5.2 Die IV. Städtische Gasanstalt

Bis 1825 wurde ausschließlich Öl für die Beleuchtung der öffentlichen Gebäude, Straßen und Plätze verwendet, was sich mit der beginnenden Industrialisierung in England änderte. Es wurden Verträge zwischen England und Deutschland zur Errichtung von Gaserzeugungswerken und zur Legung von Rohrleitungen geschlossen. Die erste Gasanstalt in Berlin wurde um 1826 in der Glischer Straße gebaut. Da die Stadtentwicklung schnell voranschritt und es immer mehr Gasabnehmer gab, wurden bis 1872 weitere sieben Gasanstalten errichtet. Auf einem 24 ha großen Gelände in der Dimitroffstraße/Greifswalder Straße wurde 1873 die achte Gasanstalt gebaut. Aufgrund des fertiggestellten Nordrings wurde das Gelände ausgewählt.<sup>95</sup>

---

<sup>91</sup> IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Vorlass Erhardt Stefke: Studie zum Ernst-Thälmann-Park, Magistrat von Berlin, Hauptstadt der DDR, Bezirksbauamt, Chefarchitekt Korn, 1978, S. 1.

<sup>92</sup> Der Nordmarkplatz bekam 1935 diesen Namen und wurde 1982 in Fröbelplatz umbenannt. Siehe dazu: [http://www.alt-berlin.info/seiten/str\\_n\\_1.htm](http://www.alt-berlin.info/seiten/str_n_1.htm).

<sup>93</sup> In einigen Quellen findet man die Information, dass die Gasometer als Erinnerung erhalten bleiben sollten, jedoch entstand auf deren Gelände das Planetarium, siehe Abschnitt 6.2.

<sup>94</sup> IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Vorlass Erhardt Stefke: Studie zum Ernst-Thälmann-Park, Magistrat von Berlin, Hauptstadt der DDR, Bezirksbauamt, Chefarchitekt Korn, 1978, S. 4 - 7.

<sup>95</sup> IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: Dokumentation zur Investitionsvorbereitung „Ernst-Thälmann-Park“, Berlin April 1983, S. 49.

Mit der Erweiterung der öffentlichen Beleuchtung musste erstmalig 1890 die Produktion der Gasanstalt in der Dimitroffstraße/Greifswalder Straße erhöht werden. Ein Jahr zuvor wurde der erste Gasbehälter mit einem Durchmesser von 65 m gebaut, der nicht nur Gas, sondern auch Koks und andere Nebenprodukte erzeugte. Bis 1900 wurden fünf dieser Gasbehälter errichtet, um die Versorgung der stetig wachsenden Bevölkerung zu gewährleisten. Mit dem Bau des sechsten und letzten Gasbehälters war im Jahre 1908 zunächst ein Höhepunkt in der Entwicklung des Gaswerks erreicht. Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es Überlegungen, das Gaswerk still zulegen. Diese Planungen zur Stilllegung der Gasanstalt wurden durch den Beginn des Zweiten Weltkrieges und die damit verbundenen erhöhten Gaslieferungen an die Rüstungsindustrie wieder verworfen. Durch den Zweiten Weltkrieg teilweise zerstört, wurde die Produktion im Juni 1945 wieder aufgenommen. 1950 wurde die Gasanstalt in Gaswerk Dimitroffstraße umbenannt. Bereits zwei Jahre später wurde das Gaswerk Dimitroffstraße in eine Gaskokerei umgebaut. In den 1960er und 1970er Jahren gewann das Stadtgas als Heizungsgrundlage für Wohnungsneubauten an Bedeutung. Im Jahre 1979 begann in Berlin die Umstellung auf Erdgasversorgung und die Stilllegung des Werkes wurde langfristig vorbereitet. Nach fast 110-jähriger Tätigkeit wurde das Gaswerk am 5. Mai 1981 stillgelegt. Unter der Leitung des Volkeigenen Betriebs (VEB) Autobahnbaukombinat und des Betriebs Verkehrsbau Berlin begannen 1982 die Demontage und der Abriss des Gaswerks. Bis auf das Verwaltungsgebäude wurde das gesamte Gaswerk abgerissen, so auch die riesigen Gasbehälter, die jeder Berliner als Wahrzeichen entlang der S-Bahn zwischen Prenzlauer Allee und Greifswalder Straße wahrnahm.<sup>96</sup>

Rund 310.000 m<sup>3</sup> Bauwerksgestein, darunter 70.000 m<sup>3</sup> Stahlbeton, wurden gesprengt, abgebrochen und teilweise abtransportiert. Schrittweise wurde bis 1983 das Gaswerk, unter Aufrechterhaltung der noch durchzuführenden Arbeiten, nach Marzahn in die Beilsteiner Straße verlagert. Um zu große Gesteinsbrocken zu zerkleinern,



Quelle: privat

Abb. 2: Ein Teil des Gaswerks.

<sup>96</sup> IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: Dokumentation zur Investitionsvorbereitung „Ernst-Thälmann-Park“, Berlin April 1983, S. 49.

wurde eine mobile sowjetische Brecheranlage verwendet. So konnten 15.300 m<sup>3</sup> Bauwerksgestein zu Ziegelsplitt verarbeitet und zur Befestigung von Wegen und als Baumaterial wiederverwendet werden.<sup>97</sup>

### 5.3 Das Projekt zum 100. Geburtstag von Ernst Thälmann

Für die weitere Ausgestaltung der Hauptstadt der DDR wurde 1976 ein Parteitag der SED abgehalten, auf dem unter anderem die weitere Nutzung des Gaswerks Dimitroffstraße diskutiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt stand bereits fest, dass das Gaswerk Dimitroffstraße 1981 stillgelegt und demontiert werden sollte. Schon zu diesem Zeitpunkt war ein Park oder der Bau von Wohngebäuden geplant. Beschlossen wurde die Anlegung eines Wohnensembles samt Park und Denkmalanlage auf dem X. Parteitag der SED im Jahr 1981. Zu Ehren Ernst Thälmanns<sup>98</sup> sollte die Anlage zu dessen 100. Geburtstag im Jahr 1986 fertiggestellt sein. Als Einheit von Städtebau, bildender Kunst und Architektur entstand ein Gesamtensemble, bestehend aus einem Park, gesellschaftlichen Einrichtungen und Wohngebäuden, dessen Mittelpunkt das Denkmal für Ernst Thälmann und der Kundgebungsplatz bildeten. Die Gesamtleitung des Projektes hatte das Ministerium für Bauwesen der Baudirektion Hauptstadt Berlin inne. Zum Preisgericht gehörte u. a. der Vorsitzende Erhardt Gißke<sup>99</sup>, der zu diesem Zeitpunkt Direktor der Aufbauleitung Sondervorhaben Berlin war, sowie der russische Bildhauer Lew Kerbel<sup>100</sup>, der das ETD entwarf. Unter deren Leitung schuf ein Kollektiv den Entwurf für die Gestaltung des Ernst-Thälmann-Parks, dessen Überlegungen auf den Studien des Ideenwettbewerbs aufbauten. In den Vorstudien war man von einer Gesamtfläche des Geländes von ca. 30 ha, einschließlich des Nordmarkplatzes, ausgegangen. Da der Nordmarkplatz letztendlich

---

<sup>97</sup> Vgl. Gißke, Erhardt (Hrsg.): Ernst-Thälmann-Park in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Fertiggestellt zu Ehren des 100. Geburtstages des Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, am 16. April 1986. Aufbau 1983, hrsg. von der Baudirektion Hauptstadt Berlin des Ministeriums für Bauwesen, Berlin: Bauinformation 1986, S. 71 - 72.

<sup>98</sup> Ernst Thälmann (1886-1944) war zwischen 1925 und 1933 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands. Durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 wird er des Hochverrats angeklagt und am 18. August 1944 auf direkten Befehl Hitlers im Konzentrationslager Buchenwald erschossen. Siehe dazu: <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/ThaelmannErnst/index.html>.

<sup>99</sup> Erhardt Gißke (1924 - 1993) war ein deutscher Architekt. Als Generaldirektor der "Baudirektion Hauptstadt Berlin" des Ministeriums für Bauwesen leitete G. auch die dreieinhalb jährige Generalüberholung der Deutschen Staatsoper Unter den Linden. Siehe dazu: <http://www.munzinger.de/search/portrait/Erhardt%20Gi%C3%9Fke/0/17188.html>.

<sup>100</sup> Lew Kerbel (1917 - 2003) war einer der bekanntesten Bildhauer der Sowjetunion. Unter anderem entwarf er das Kriegerdenkmal auf den Seelower Höhen und das Karl-Marx-Monument in Chemnitz. Siehe dazu: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/0815/feuilleton/0032/index.html>.

nicht in die Planungen einbezogen wurde, war die Gesamtfläche auf 26 ha dezimiert. Das nun 26 ha große Gelände wurde im Norden durch das Gelände der Reichsbahn und den Fröbelplatz, im Osten durch die Magistrale Greifswalder Straße, im Süden durch die Magistrale Dimitroffstraße und im Westen durch das Krankenhaus Prenzlauer Berg, die Winsstraße und die Diesterwegstraße begrenzt. Der Park gliedert sich in vier Bereiche, die in Abschnitt 5.4.1 bis 5.4.4 kurz beschrieben werden:<sup>101</sup>

- Ernst-Thälmann-Denkmal mit Kundgebungsplatz
- Wohnensemble mit gesellschaftlichen Einrichtungen
- Park mit Kultur- und Freizeiteinrichtungen
- Kulturzentrum und Großplanetarium

#### **5.4 Der Ideen-Wettbewerb zur Planung und Gestaltung des Ernst-Thälmann-Parks**

Am 2. Februar 1982 wurden von der SED die Vorschläge zur Gestaltung des Ernst-Thälmann-Parks und Ernst-Thälmann-Denkmal (ETD) bestätigt. Für die städtebauliche, architektonische und konstruktive Gestaltung des Parks wurde ein Wettbewerb der Aufbauleitung Sondervorhaben Berlin ausgeschrieben, zu dem die Wohnungsbaukombinate der DDR, das VEB Kombinat Ingenieurhochbau Berlin, die Technische Universität Dresden, die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, die Kunsthochschule Berlin und die DBA der DDR eingeladen wurden. Vom 3. März bis 20. April 1982 wurde der Wettbewerb durchgeführt. Die Wettbewerbsteilnehmer mussten folgende Leistungen erbringen:<sup>102</sup>

- Bebauungsplan mit Freiflächengestaltung, Erschließungs- und Versorgungsverkehr
- detaillierte Darstellung der Wohnungsgrundrisse
- detaillierte Darstellung der Fassadenabwicklungen und –schnitte der Wohnungsneubauten
- einen Erläuterungsbericht mit Beschreibung der haustechnischen und

---

<sup>101</sup> Vgl. Gißke: Ernst-Thälmann-Park in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (1986), S. 17 ff.

<sup>102</sup> IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen: Nachlass Helmut Stingl: Abschrift der Wettbewerbsausschreibung, S. 1 - 5.

technologischen Lösungen

- Lageplan
- Vermessungsplan
- Modellfotos

Der Artikel *Städtebauliche, architektonische und künstlerische Konzeption zur Gestaltung des Ernst-Thälmann-Parks in Berlin, Hauptstadt der DDR* von 1983 sagt aus, dass die meisten der eingereichten Arbeiten gute Ansatzpunkte zu der vorgegebenen Zielstellung enthielten. Letztendlich wurden ein zweiter Preis und zwei dritte Preise vergeben. Das Kollektiv des VEB Wohnungsbaukombinat Berlin unter der Leitung von Helmut Stingl<sup>103</sup> bekam den zweiten Preis, die Kollektive des VEB Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin und der DBA der DDR teilten sich den dritten Preis.<sup>104</sup>

Dem Kollektiv des VEB Wohnungsbau Berlin gehörten neben Helmut Stingl auch Gisela Jünger, Erwin Kussat, Eberhard Müller, Hartmut Pautsch, Jürgen Pischke und Anton Stamatov an. Dieses Kollektiv sah in der Aufgabenstellung „... eine unverwechselbare räumliche Gliederung des Wohnungsbaus ...[, die] ...die Wirkung des politisch bedeutsamen Denkmals ...“<sup>105</sup> hervorhebt. Die Planung des Kollektivs sah die Umsetzung der geforderten Wohnungsanzahl von 820 - 850 durch eine



Quelle: IRS, Wiss. Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: Dia ETP 1-43

Abb. 3: Endgültiges Modell des Ernst-Thälmann-Parks.

Hochhausbebauung mit drei Gebäudegruppen vor, die jeweils neun bis 22 Geschosse haben sollten. Bei der Gliederung und den Abständen der Gebäude wurde auf fuß-

---

<sup>103</sup> Helmut Stingl (1928 - 2001) war ein deutscher Architekt, der 1966 die Leitung der Abteilung Städtebau im Wohnungsbaukombinat Berlin übernahm. 1983 wurde er als Generalprojektant für den Gesamtkomplex Ernst-Thälmann-Park und Greifswalder Straße eingesetzt. Siehe dazu: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2001/0113/none/0062/index.html>.

<sup>104</sup> Vgl. Gißke, Erhardt [u. a.]: Städtebauliche, architektonische und künstlerische Konzeption zur Gestaltung des Ernst-Thälmann-Parks in Berlin, Hauptstadt der DDR. In: *Architektur der DDR* (1983), Heft 10, S. 594.

<sup>105</sup> IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: Erläuterungen zum Wettbewerb, 1982, S. 2.

gängergerechte Verbindungen zwischen den Häusern geachtet. Allen Wohnhochhäusern sollte ein einheitlicher Grundriss und eine charakteristische Fassadengestaltung zu de gelegt werden. Auch die später umgesetzten Klinkerbauten wurden in diesem schlag angeführt. Die Gestaltung der Freiflächen, besonders was die Freiflächen- und Weggestaltung betraf, sollte nicht von denen des Parks und des Denkmals getrennt werden. Die Hauptzugangswege zum Denkmal sollten ausschließlich durch die Greifswalder Straße gewährleistet werden. In der Planung enthalten waren auch die später realisierten Rosenbeete, die Gaststätte sowie die Sport- und Freizeiteinrichtungen.<sup>106</sup>

#### **5.4.1 Ernst-Thälmann-Denkmal mit Kundgebungsplatz**

Der Entwurf des Denkmals wurde durch den russischen Bildhauer Lew Kerbel realisiert. Nach der Bestätigung durch das Zentralkomitee der SED am 2. Februar 1982 wurden die Größe und der Standort des Denkmals bestimmt. Die Arbeiten begannen im September 1983 mit der 8,5-fachen Vergrößerung des Modells. Am Originalstandort wurde eine 15,00 m hohe und 18,00 m breite Montagehalle aufgebaut, in der auch im Winter gearbeitet werden konnte. Insgesamt wurden in der Kunstgießerei in Lauchhammer 277 Gipselemente als Gussvorlagen hergestellt, die innerhalb eines Jahres fertig gestellt und nach Berlin transportiert wurden. Die Montage der Gussteile am Standort ETP begann im März 1985 und wurde im November 1985 abgeschlossen. Auf einem rechteckigen Bronzesockel stehend, der sich wiederum auf einem zweistufigen Sockel aus rotem Granit befindet, wurde das Denkmal durch zwei aufgeschüttete 5,00 m hohe Hügel umgeben und durch zwei Bronzestelen ergänzt. Dahinter wurden zwei Reihen von zehn bis fünfzehn Meter hohen Linden gepflanzt, denen sich weitere Baumgruppen anschließen. Mit einer Höhe von ca. 13,50 m, einer Breite von ca. 13,00 m und einem Gewicht von 50 Tonnen bildet das ETD mit dem 3.800 m<sup>2</sup> großen Kundgebungsplatz den gestalterischen Höhepunkt des Parks.<sup>107</sup>

---

<sup>106</sup> IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: Erläuterungen zum Wettbewerb, 1982, S. 1 - 4.

<sup>107</sup> Vgl. Gißke, Erhardt [u. a.]: Wohngebiet Ernst-Thälmann-Park fertig gestellt und in Besitz genommen. In: Architektur der DDR (1987), Heft 6, S. 17 - 18.

## 5.4.2 Wohnensemble mit gesellschaftlichen Einrichtungen

Das VEB Wohnungsbaukombinat Berlin hatte neben der Errichtung neuer Wohnhäuser auch die Aufgabe, umliegende Wohngebäude zu modernisieren, zu rekonstruieren und Instand zu setzen. Innerhalb eines Jahres wurden so 135 Gebäudefassaden in der Greifswalder Straße modernisiert. Für den Neubau von Wohnhäusern sollte überwiegend der Bautyp WBS 70<sup>108</sup> zum Einsatz kommen. Die bis dahin elfgeschossigen Gebäude der WBS 70 wurden auf acht Geschosse reduziert, um die Anpassung an die vorhandenen fünfgeschossigen Wohnhäuser im Gesamtensemble zu gewährleisten. Insgesamt wurden drei Gebäudegruppen der WBS 70 gebaut, die auf jeder Etage drei Wohnungen fassten. Jeder Gebäudeaufgang erhielt einen Aufzug und einen Müllschlucker. Bei der Planung wurde darauf geachtet, dass die Mehrheit der Küchen und Bäder in den Wohnungen natürlich belichtet und belüftet wurden. Eine Veränderung der bisherigen WBS 70 wurde bei den Loggien vorgenommen, wo ein großer Teil verglast wurde. Zudem waren vier neu entwickelte Wohnhochhäuser mit ein Mal 12, zwei Mal 15 und ein Mal 18 Stockwerken geplant. Alle vier Wohnhochhäuser sollten einen einheitlichen Grundriss erhalten, wobei das Erdgeschoss, aufgrund von anderweitiger Nutzung von den übrigen Etagen abwich. Pro Geschoss sollten acht Wohnungen entstehen, davon sechs Mehrraumwohnungen, die über eine Loggia verfügen sollten. Auch hier wurden für jeden Aufgang Aufzüge und Müllschlucker vorgesehen. In den Erdgeschossen der Wohnhochhäuser wurden 160 m<sup>2</sup> für gesellschaftliche Einrichtungen freigelassen. Bis auf das 18-geschossige Wohnhochhaus beherbergten die anderen drei Gebäude altersgerechte Wohnungen. Alle Loggien wurden in einer Dreiecksform angelegt, die nicht verglast wurden. Bei den Wohnhochhäusern, wie auch bei den Gebäuden der WBS 70, wurden die Erdgeschosse in Klinkeroptik angelegt, um den Zusammenhang zu den anderweitig genutzten Gebäuden des ehemaligen Gaswerks herzustellen. Im Rahmen des komplexen Wohnungsbaus wurden zu den neugebauten Wohnhäusern gesellschaftliche Einrichtungen eingeplant. Dazu gehörten eine polytechnische Oberschule, eine Turnhalle, eine Schwimmhalle und zwei Kindertagesstätten.<sup>109</sup>

---

<sup>108</sup> WBS 70 steht in diesem Zusammenhang für Wohnungsbauserie 70. Anfang der 1970 von der Deutschen Bauakademie der DDR und der TU Dresden entwickelt, ist dieser Bautyp bis 1990 mit 42 % der meistgebaute Wohnungstyp.

<sup>109</sup> Vgl. Stingl, Helmut: Innerstädtischer Wohnungsbau „Ernst-Thälmann-Park“ in Berlin. In: Architektur der DDR (1985), Heft 4, S. 216 - 222.

### 5.4.3 Park mit Freizeiteinrichtungen

1983 wurde unter Leitung der Baudirektion Hauptstadt Berlin gemeinsam mit dem Büro für Städtebau, dem Stadtgartenamt und dem VEB Wohnungsbaukombinat Berlin die Freiflächenkonzeption ausgearbeitet, auf deren Grundlage das VEB Kombinat Landschafts- und Grünanlagenbau Mühlhausen 1984 mit der Arbeit begann. Rund 16 ha der insgesamt 26 ha Gesamtfläche bilden Park und Wohnungsgrün. Begrenzt wird der Park im Westen und Norden durch die Wohnungsneubauten, die angelegten Hauptwege gewährleiten kurze Verbindungen durch den Park. Die Gestaltung des Parks sah neben Sport- und Spielplätzen auch einen Abenteuerspielplatz und eine Rollschuhbahn vor. An der Ecke Dimitroff- und Greifswalder Straße entstanden drei Spielbereiche mit einer Sprühplansche, einem Sandspielplatz mit Kletterlabyrinth und Kletterturm, einem Kletterberg mit Spielhaus und eine vier m breite Rutsche. Unterhalb des Spielplatzes wurden Tischtennisplatten aufgebaut. Den gestalterischen Schwerpunkt bildete ein 1.300 m<sup>2</sup> großer Rosengarten, in dem Strauch-, Kletter-, Wild- und Beetrosen gepflanzt wurden. Aber auch dem 1.600 m<sup>2</sup> großen Rhododendronhain gebührte künstlerische Bedeutsamkeit. Nadelgehölze, Blütensträucher, Stauden und Gräser ergänzten den Hain, der als Verbindung zum künstlichen Teich angelegt wurde. Dieser 1.300 m<sup>2</sup> große Teich mit einem drei Meter breiten Wasserfall stellte einen „... landschaftsgestalterischen Höhepunkt ...“<sup>110</sup> der Parkanlage dar. Um die ständige Reinhaltung des Wassers zu gewährleisten, wurden eine Umwälzanlage sowie ein eigenes Wasserver- und -entsorgungsnetz für die Be- und Entwässerung des Parks gebaut. Südlich vom Thälmann-Denkmal wurde ein 850 m<sup>2</sup> großer Blumengarten angelegt, in dem Frühjahrsblüher und Sommerblumen gepflanzt wurden. Im gesamten Park wurden 50.000 m<sup>2</sup> Rasen, 5.200 Gehölzpflanzen, darunter 230 Nadel- und 3.770 Laubbäume, und 8.000 m<sup>2</sup> Blumenflächen angelegt.<sup>111</sup>

### 5.4.4 Kulturzentrum und Großplanetarium

Unter der Leitung des VEB Energiekombinat Berlin wurde im März 1982 mit der Demontage und Stilllegung des Gaswerks begonnen. Als Erinnerung sollten einige Klinkerbauten erhalten und in die Neuplanung integriert werden. Vor allem die vier Eingangsgebäude des ehemaligen Gaswerks sollten zu einem Kulturzentrum umfunktioniert werden.

---

<sup>110</sup> Ernst-Thälmann-Park in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (1986), S. 19.

<sup>111</sup> Vgl. Ernst-Thälmann-Park in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (1986), S. 53 ff.

Das ehemalige Verwaltungsgebäude des Gaswerks wurde zu einem Jugendhaus umgestaltet und verfügt über Mehrzweckräume, ein Zimmertheater, einen Jugendclub, Foto- und Filmlabore und Ausstellungsräume. Eine Gaststätte mit 80 Sitzplätzen und einem Saal mit 150 Plätzen wurde an ein vorhandenes Gebäude angebaut. In unmittelbarer Nähe des Thälmann-Denkmal, im früheren Gaszählerhaus, wurde eine Ausstellung zum antifaschistischen Widerstandskampf eröffnet.<sup>112</sup> Sollten die drei denkmalgeschützten Gasometer entlang der S-Bahnstrecke im Jahr 1983 noch erhalten werden<sup>113</sup>, wurde am 23. Januar 1985 der Entwurf des Großplanetariums bestätigt, welches an dessen Stelle errichtet wurde. Die Leitung des Bauvorhabens oblag der Baudirektion Hauptstadt Berlin des Ministeriums für Bauwesen, dem Büro für Städtebau beim Bezirksbauamt des Magistrats der Hauptstadt und den Büros für Investitionen und materiell-technische Versorgung beim Ministerium für Kultur. Ergänzend dazu wurden das VEB Kombinat Carl Zeiss Jena und die Archenhold-Sternwarte hinzugezogen. Der Vorplatz des Großplanetariums bestand aus Mosaikplatten, aus Naturstein und Pflasterstreifen und beherbergte eine Sonnenuhr und einen Kinderspielplatz. Das Hauptelement des Planetariums bildete der Kuppelbau mit einem Durchmesser von 30 m, in dem sich der Vorführsaal befand. Darunter lag das Foyer, welches gleichzeitig als Ausstellungs- und Kommunikationsbereich diente. Vom Foyer aus gelangte man in die Bibliothek mit Lese-, Vortrags- und Veranstaltungsräumen, in die Zeiss-Ausstellung, in das Zeiss-Ausbildungszentrum, den Verkaufsbereich für spezifische Literatur und in das Café mit rund 70 Sitzplätzen. Herzstück des Hauses war ein computergesteuerter Planetariumsprojektor vom Typ Cosmorama der Firma Carl Zeiss in Jena. Umgeben wurde das Planetarium zum Bahngelände hin durch einen dicht mit Bäumen und Sträuchern bepflanzten Erdwall und südlich durch dichte Baumgruppen. Weiterhin wurden Rasenflächen mit Einzelbäumen und Baumgruppen geplant. Nach nur zweijähriger Bauzeit wurde am 9. Oktober 1987, kurz nach dem 38. Gründungstag der DDR zur 750-Jahr-Feier Berlins, das Zeiss-Großplanetarium Berlin als eines der größten und modernsten Sternentheater in Europa eröffnet.<sup>114</sup>

---

<sup>112</sup> Vgl. Gißke [u. a.]: Wohngebiet Ernst-Thälmann-Park, S. 20.

<sup>113</sup> Vgl. Gißke [u. a.]: Städtebauliche, architektonische und künstlerische Konzeption zur Gestaltung des Ernst-Thälmann-Parks, S. 598 sowie Berning, Maria: Berliner Wohnquartiere. Ein Führer durch 70 Siedlungen, hrsg. v. Michael Braum, 3., grundlegend überarb. und erw. Aufl. Berlin: Reimer 2003, S. 257 - 258.

<sup>114</sup> Vgl. Schröter, Eugen [u. a.]: Zeiss-Großplanetarium Berlin Ernst-Thälmann-Park 1985 bis 1987. Einweihung Oktober 1987 zum 750-jährigen Bestehen von Berlin, hrsg. v. der Baudirektion Hauptstadt Berlin des Ministeriums für Bauwesen, 1. Aufl. Berlin: Bauinformation 1987, S. 15 - 23

## 5.5 Fertigstellung und Einweihung

Am Vorabend des XI. Parteitages der SED, am 15. April 1986, wurde das Denkmal anlässlich des 100. Geburtstags von Ernst Thälmann eingeweiht. Mehr als 100.000 Berliner nahmen an der Einweihungsfeier teil, auf der u.a. der Parteivorsitzende der SED Erich Honecker die Eröffnungsrede hielt. Der Ernst-Thälmann-Park in Berlin-Prenzlauer Berg stellte ein Prestige-Objekt dar, welches zur 750-Jahr-Feier Berlins im Jahr 1987 fertiggestellt wurde. Auf dem Gelände der ehemaligen IV. Städtischen Gasanstalt entstanden in nur drei Jahren zwischen 1983 und 1986 für 4.000 Einwohner 1.336 Wohnungen, drei Gaststätten, drei Läden, eine Schwimmhalle, zwei Kindergärten und eine Kinderkrippe. Über 1.300 Bauarbeiter aus Berlin und anderen Stadtteilen waren an dem Bauvorhaben beteiligt. Insgesamt wurde ein 26 ha großes Areal geschaffen, auf dem neben infrastrukturellen Einrichtungen auch ein ca. 16 ha großer Park mit weiten Rasenflächen und zahlreiche Gärten angelegt wurden.<sup>115</sup>

## 5.6 Die Sicht der Bevölkerung

Die Schließung des Gaswerkes Dimitroffstraße im Jahr 1981 führte zu einem Aufatmen der umliegenden Bevölkerung. Die Planungen des Magistrates von Berlin aus dem Jahr 1982 sahen den Erhalt von drei inzwischen denkmalgeschützten Gasometern vor, die den „... Übergang der kapitalistischen Produktionsweise zum Imperialismus ...“<sup>116</sup> symbolisierten (siehe Abb. 1, S. 45). Die Bevölkerung begrüßte diese Absicht und beteiligte sich an den Plänen zur weiteren Nutzung der Gasometer. Aber auch die Humboldt-Universität zu Berlin und die Kunsthochschule Weißensee erarbeiteten Konzepte zur Nachnutzung. Unter anderem waren Pläne für Ausstellungsfächen, für ein Theater, ein Gewächshaus oder ein Restaurant mit freiem Blick über die Stadt vorgesehen. Als bekannt wurde, dass die Gasometer doch gesprengt werden sollten, protestierte ein Großteil der Bevölkerung. Es fanden unabhängig voneinander organisierte Diskussionsveranstaltungen statt, Flugblätter kamen in Umlauf, selbst gebastelte Aufkleber mit dem Slogan „Gasometer reißt man

---

<sup>115</sup> Vgl. Ernst-Thälmann-Park in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (1986), S. 9 sowie Gißke [u. a.]: Wohngebiet Ernst-Thälmann-Park fertig gestellt und in Besitz genommen, S. 16.

<sup>116</sup> Flierl, Thomas: Berlin: Perspektiven durch Kultur, hrsg. von Ute Tischler und Harald Müller, Berlin: Theater der Zeit 2007, S. 17.

nicht ab” wurden angefertigt und in den Schaufenstern vieler Geschäfte des Prenzlauer Berges standen Bilder der Gasometer.<sup>117</sup>

Angeblicher Grund für die Sprengung der Gasometer war der chemisch verseuchte Boden des Gaswerks.

Eigens dafür angefertigte statische Gutachten sollten belegen, dass die Sicherheit der Gasometer nicht mehr gegeben war. Nachdem der zivile Widerstand größer wurde, entschied man sich dafür, den Zeitpunkt der Sprengung zu verschieben, um dem Protest der Bevölkerung ein Ende zu bereiten.<sup>118</sup>



Quelle: privat

Abb. 4: Sprengung der Gasometer.

Mitarbeiter der Staatssicherheit verbrachten die Nacht vor der Sprengung in den Gasometern, da ziviler Widerstand durch Besetzung und Sitzblockaden befürchtet wurde. Am Tag der Sprengung am 28. Juli 1984 wurde das Gebiet durch die Polizei weiträumig abgeriegelt. Die Polizei entwendete Filme von Fotografen und hielt die Bevölkerung vom Gelände fern.<sup>119</sup>

Über weitere Gründe für die Sprengung der Gasometer wurde spekuliert. Ein Grund könnte sein, dass der Erhalt der Gasometer die technischen und finanziellen Möglichkeiten der DDR überschritt. Ein anderer Grund kann auch die Äußerung des Bildhauers Lew Kerbels sein, der klagte, die Gasometer könnten sein Thälmann-Denkmal “optisch er-

---

<sup>117</sup> Vgl. Kempe, Wolfram: Notwendige Erinnerung. Gasometer reißt man nicht ab (April 2008), URL: [http://www.die-linke-pankow.de/politik/extradrei/jahrgang\\_2008/04/notwendige\\_erinnerung/](http://www.die-linke-pankow.de/politik/extradrei/jahrgang_2008/04/notwendige_erinnerung/).

<sup>118</sup> Haeder, Alexander; Wüst, Ulrich: Prenzlauer Berg. Besichtigung einer Legende, Berlin: Edition q 1994, S. 46.

<sup>119</sup> Vgl. Kempe: Notwendige Erinnerung, URL: [http://www.die-linke-pankow.de/politik/extradrei/jahrgang\\_2008/04/notwendige\\_erinnerung](http://www.die-linke-pankow.de/politik/extradrei/jahrgang_2008/04/notwendige_erinnerung).

drücken". Doch wie die Rede von Thomas Flierl<sup>120</sup>, der seit 1976 in der SED Mitglied war, aus dem Jahr 1984 zeigt, gab es auch innerhalb der SED massive Proteste gegen den Abriss der Gasometer. Auf einer Sektionsparteierversammlung im Juli 1984 forderte Flierl die „... Relikte zur Vorgeschichte des Sozialismus ...“<sup>121</sup> zu erhalten, da diese „... Musterbeispiele des Industriebau[s] des späten 19. Jahrhunderts ...“<sup>122</sup> darstellten.<sup>123</sup>

## 5.7 Ernst-Thälmann-Park – heute

War die Einweihung der Wohnanlage und des Denkmals für Ernst Thälmann am 16. April 1986 ein feierlicher Akt, vermittelt er heute lediglich den Eindruck einer ungepflegten Parkanlage. Bei der Besichtigung des heutigen ETP findet man alle kulturellen und infrastrukturellen Einrichtungen vor, wie das Planetarium an der Prenzlauer Allee, die Kita „Prenzelberger Schwalbennest“ in der Diesterwegstraße, die ehemalige polytechnische Oberschule, die jetzige Grundschule am Planetarium, die Gaststätte *Zur alten Gaslaterne*, das Schwimmbad und das Kulturzentrum. Doch wenn man Parkanlage für sich betrachtet, kommt schnell der Verdacht auf,



Quelle: Eigene Aufnahme

Abb. 5: Das mit Graffiti beschmierte Ernst-Thälmann-Denkmal.

---

<sup>120</sup> Thomas Flierl (1957) ist Abgeordneter der Partei Die Linke. 1976 trat er der SED bei und war zum Zeitpunkt der Gasometer-Sprengung als wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt Universität Berlin tätig. 1985 wurde er wegen seines öffentlichen Protestes zur Sprengung der Gasometer gezwungen, seiner Tätigkeit aufzugeben. Siehe dazu: [http://www.linksfraktion-berlin.de/fraktion/abgeordnete/thomas\\_flierl](http://www.linksfraktion-berlin.de/fraktion/abgeordnete/thomas_flierl) und der Artikel von Achenbach, Marina: Plötzlich ist er da unter: <http://www.freitag.de/2002/04/02040401.php>.

<sup>121</sup> Flierl: Perspektiven durch Kultur, S. 16.

<sup>122</sup> Ebda., S. 17.

<sup>123</sup> Vgl. Kempe: Notwendige Erinnerung, URL: [http://www.die-linke-pankow.de/politik/extradrei/jahrgang\\_2008/04/notwendige\\_erinnerung](http://www.die-linke-pankow.de/politik/extradrei/jahrgang_2008/04/notwendige_erinnerung).

dass diese schon vor einiger Zeit aufgegeben wurde. Von der Greifswalder Straße aus konnte man 1986 das ganze Ensemble überblicken, heute sieht man nur noch Bäume, welche die gesamte Greifswalder Straße flankieren und somit den Blick in den Park verhindern.

Ähnlich verhält es sich mit dem Denkmal, das sich auf dem Kundgebungsplatz erhebt und nicht nur dem Wetter bedingungslos ausgeliefert ist (siehe Abb. 5, S. 57). Konnte man zur Übergabe des Parks im Jahr 1986 das Denkmal noch von der S-Bahn aus sehen, lässt es sich heute nicht einmal mehr erahnen. Wer nicht weiß, dass im ETP direkt neben dem Denkmal ein künstlicher Teich angelegt wurde (siehe Abb. 8 und 9 im Anhang), wird es schwerhaben, diesen zu finden. Wenn man sich Fotos aus der Zeit um 1986 anschaut, wird man feststellen, dass auch dieser Teich von der Greifswalder Straße aus sichtbar war. Die damals gepflanzten Bäume umgeben den Teich vollkommen und die ausgewiesenen Fischbestände existieren wohl schon lange nicht mehr. Auch die in den Zeitschriftenartikeln der *Architektur der DDR* beschriebenen Rosen-, Rhododendron- und Blumenbeete (siehe Abb. 14 und 15 im Anhang) erkennt man heute nur noch mit viel Fantasie. Dort, wo man diese vermutet, findet man mehr Unkraut und Gestrüpp, als die besagten Beete. Der Kinderspielplatz an der Danziger Straße/Greifswalder Straße entspricht nicht mehr ganz den Umsetzungen des Einweihungsjahres. Zwar funktioniert nach wie vor die Kinderplansche, doch fehlen einige Elemente, wie z. B. die Tischtennisplatten oder die Wippen. Die Sprühplansche umgebende Liegewiese kann heute nicht mehr zum Verweilen einladen, da diese von Bäumen und Sträuchern regelrecht überwuchert ist. Der Holzspielplatz, der sich gegenüber dem Gaszählerhaus befand (siehe Abb. 10 im Anhang), wurde abgerissen und dafür eine Wasser- und Bodensäuberungsanlage errichtet, da sich die Anwohner im Jahr 1993 über Gasgerüche beschwerten. Seitdem werden der Boden und das Grundwasser gereinigt. Der abgerissene Holzspielplatz wurde an anderer Stelle in abgewandelter Form wieder aufgebaut (siehe Mitte der Abb. 11 im Anhang). Die zum Spielen lockenden weiträumigen Rasenflächen werden zwar weiterhin gemäht, doch die gepflanzten Hecken, Bäume und Sträucher wurden augenscheinlich schon ein paar Jahre nicht mehr gepflegt. Die Sauberkeit der Parkanlage kann nicht bemängelt werden, doch sollten Interessierte mit weit geöffneten Augen den Park erleben, denn von der einstigen Faszination ist lediglich die Vorstellung geblieben.

## 6 Zusammenfassung

Von der Zielstellung in der Einführung ausgehend, soll diese Arbeit einen Überblick zur geschichtlichen Entwicklung der Freiraumplanung in Deutschland ab Mitte der 1850er Jahre vermitteln und darauf aufbauend die Freiraumplanung innerhalb der DDR beschreiben. Ein weiteres Ziel bildet die praktische Anwendung der Freiraumplanung am Beispiel des ETP in Berlin-Prenzlauer Berg.

Demnach wurde die Freiraumplanung als Bestandteil der städtebaulichen Entwicklung Mitte des 19. Jahrhunderts vorgestellt und in Bezug zu den jeweiligen Zeitepochen bis zur Gründung der DDR erläutert. Waren Grünflächen zur beginnenden Industrialisierung als Luftspeicher und -verbesserer vorgesehen, wurden ihnen ab den 1870er Jahren weitere Funktionen zugeordnet. Die wachsenden Städte zu gliedern und nach außen zu begrenzen spielte eine zunehmende Rolle für die Stadterweiterungen. Auch wurde verstärkt auf die Verbindung einzelner Freiflächen Wert gelegt, um so ein Netz aus Grün- und Parkanlagen zu erlangen sowie die Städte aufzulockern. Neben den einzelnen Funktionszuweisungen wurde außerdem auf die Verteilung und Anordnung der Freiflächen eingegangen und die drei wichtigsten Systeme aufgezeigt: Ring-, Radial- und Trabantsysteme.

Mit dem aufkommenden Nationalsozialismus in den 1930er Jahren kam die Freiraumplanung an ihre Grenzen. Aufgrund der unterschiedlichen Auffassung des Städtebaus im Nationalsozialismus, im Vergleich zu der Auffassung in der Weimarer Zeit, bzw. der für die Nationalsozialisten dringlichen Errichtung von Verkehrsnetzen und gewaltigen Bauten, stagnierte die städtische Freiraumplanung. Die Stadtplaner im Nationalsozialismus legten ihr Augenmerk nicht auf die ausreichende Erholung der Bevölkerung, sondern auf die Rückentwicklung zur mittelalterlichen Kleinstadt. Ansätze sind zwar erkennbar, die die Anknüpfung an die Leitlinien der 1920er Jahre zeigen, doch bildete die Freiraumplanung zu diesem Zeitpunkt keinen Bestandteil der Stadterweiterungen mehr.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, in Verbindung mit dem Aufbau der zerstörten Städte Deutschlands, wurden die verschiedenen Funktionen von Freiflächen wiedererkannt. Mit den beschriebenen Konzepten in der Nachkriegszeit zum Wiederaufbau der Stadt Berlin, wurden auch wieder Freiflächen in die Planungen einbezogen. Die Teilung der Stadt verwehrte die Planungen für einen Gesamtberliner Wiederaufbauplan. In Berlin-Ost wurden verschiedene Gesetze erlassen, um die Freiraumsituation in der DDR zu erhalten und auszubauen. Selbständige Freiflächenkonzeptionen mussten den Generalbebauungs-

plänen von Städten angegliedert werden. Die Erläuterungen zu Freiflächenarten, -kategorien und -systemen, zu den Aufgaben und Zielen sowie die Ausführungen zur Planung und Gestaltung von Freiflächen führen weiter in die Thematik ein. Auch die Erläuterungen zu den Garten- und Landschaftsgestaltern aus der DDR geben einen guten Einblick in deren Wirken und erläutern die verschiedenen Tätigkeitsfelder.

Der ETP in Berlin ist ein gutes Beispiel, um aufzuzeigen, wie die theoretischen Planungen zur Lösung der Wohnungsnot in Verbindung mit der entsprechenden Erholung der Bevölkerung, welche im dritten Kapitel beschrieben wurde, in die Praxis umgesetzt worden sind. So wurde neben der Einhaltung der geforderten Wohneinheiten auch großzügige Rasenflächen und Spielplätze zur aktiven Erholung angelegt. Die gepflanzten Bäume, Sträucher und Beete gaben dem Park nicht nur ein farbenfrohes Aussehen. Das entstandene Mikroklima verbesserte die Lebensqualität der Bevölkerung erheblich und wurde für die Bewohner zu etwas Besonderem. Durch die ring- und radialartig angelegten Wege konnten die Bewohner nicht nur alle Einrichtungen und Wohnhäuser, sondern auch alle für den täglichen Bedarf notwendigen Einrichtungen auch außerhalb des Parks gut erreichen. Zur Erholung beim Spaziergehen luden ausreichend realisierte Sitzmöglichkeiten ein. Durch die in das Wohnensemble integrierte kombinierte Kindertagesstätte und die polytechnische Oberschule, wurden die Wege der Mütter, die ihre Kinder zur Kindertagesstätte brachten oder abholten, bzw. der Schulkinder verkürzt. Die Sportplatzanlage und die angegliederte Sporthalle der Schule, sowie die Schwimmhalle, die am Rand des Parks errichtet wurden, aber dennoch für jeden gut erreichbar waren, garantierten auch in der Freizeit genügend sportliche Betätigung. Der geforderte Mindestabstand zwischen den Wohnhochhäusern gab dem Park nicht das Gefühl der Beengung. Ausführlich wurde auch auf die Ausgangssituation des Geländes eingegangen sowie die Planungen zu den Wohnhäusern, den infrastrukturellen und kulturellen Einrichtungen aufgezeigt. Die verschiedenen Bereiche des ETP wurden näher beschrieben und ein aktueller Bezug zum Park hergestellt. Durch einen Erfahrungsbericht sowie Fotos vom ETP bekommt man einen guten Eindruck vom heutigen Aussehen der Wohnanlage.

Abschließend kann man feststellen, dass die Freiraumplanung, als Bestandteil der städtebaulichen Entwicklung, jederzeit von der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Lage des Landes abhängig war. Die positiven Eigenschaften der Grünflächen wurden erkannt und angestrebt, diese für die Bevölkerung zu realisieren. Doch verhinderte die Auffassung der städtebaulichen Entwicklung, speziell im Nationalsozialismus, die Realisierung von Grünflächen, da die Wohnraumsituation und die Errichtung von Monumentalbauten den Mittelpunkt der Stadterweiterungen bildeten.

Doch auch in der DDR gab es Grenzen. Auf den ETP bezogen stellte die geographische Lage eine Grenze dar. Bei den Neubauwohnsiedlungen in Marzahn oder Hellersdorf beispielsweise waren die Stadtplaner nicht gezwungen auf die Ausdehnung der Siedlungen zu achten. Hauptanliegen der Siedlungen war es, ausreichenden Wohnraum für die wachsende Bevölkerung zu schaffen. Der ETP sollte direkt in den dicht besiedelten Bezirk Prenzlauer Berg integriert werden. Da das Gelände begrenzt war, es aber eine Vorgabe von zu bauenden Wohneinheiten gab, mussten Kompromisse geschaffen werden. Um die Grünflächen nicht dezimieren zu müssen, konnten die geforderten Wohneinheiten nur durch Hochhäuser realisiert werden, was allerdings das Bild des Prenzlauer Bergs trübte. Die Mischung des ETP mit dem ihn umgebenden Altbaugelände wurde zwar von der Bevölkerung angenommen, integrierte sich aber nur schwer in das Stadtbild. Auch wenn es den Anschein hatte, dass die finanziellen Möglichkeiten der DDR bei der Realisierung des ETP nicht überschritten wurden, darf nicht vergessen werden, dass es sich dabei um ein Prestigeobjekt handelte.

## Anhang – Abbildungen zum Ernst-Thälmann-Park



Quelle: IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: Dia ETP 3-9

Abb. 6: Ehemaliges Gaszählerhaus, in dem Ausstellungen gezeigt wurden.



Quelle: Eigene Aufnahme

Abb. 7: Ehemaliges Gaszählerhaus heute, allerdings seitenverkehrt fotografiert, da es keine andere Möglichkeit gab, die oben gezeigte Abbildung nachzustellen.



Quelle: IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: Dia ETP 2-43

Abb. 8: Angelegter Teich mit Wasserfall, im Hintergrund Wohnhochhäuser und Blumenbeete.



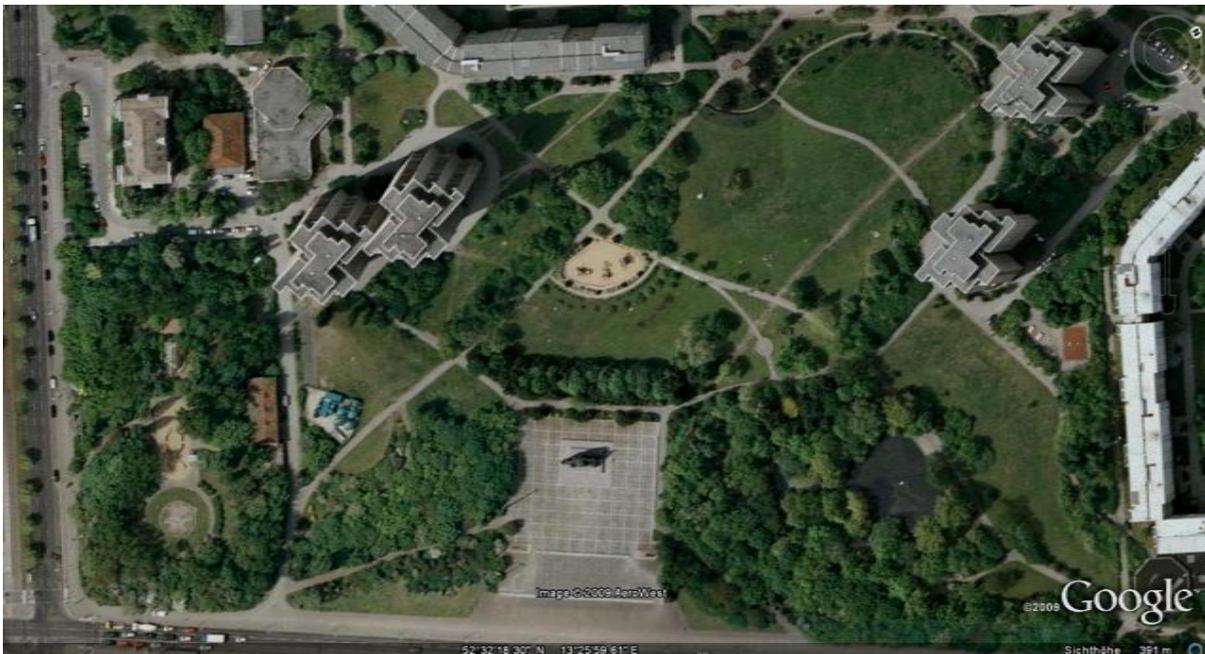
Quelle: Eigene Aufnahme

Abb. 9: Angelegter Teich mit Wasserfall – Juni 2009.



Quelle: IRS, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: (7), Broschüre Ernst-Thälmann-Park in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (1986), S. 15.

Abb. 10: Der ETP kurz nach der Fertigstellung 1986 mit dem ehemaligen Gaszählerhaus, einem an dieser Stelle nicht mehr existierenden Holzspielplatz und den Wohnhochhäusern



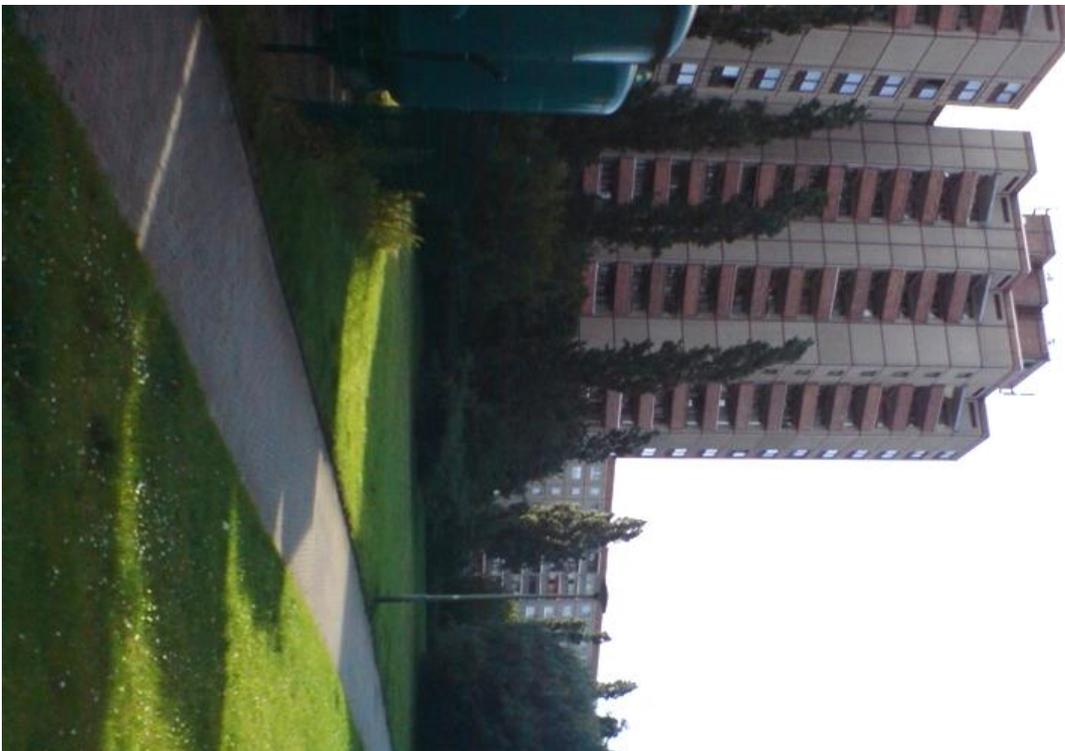
Quelle: Google Earth 2009

Abb. 11: Der Ernst-Thälmann-Park im Juni 2009. Aufgrund des Baum- und Strauchwuchses war es nicht möglich, ein geeignetes Fotos zu machen.



Quelle: IRS, Wissenschaftliche Sammlungen, Nach Helmut Stingl: Dia ETP 3-37

Abb. 12: Wohnhochhäuser im ETP.



Quelle: Eigene Aufnahme

Abb. 13: Wohnhochhäuser im ETP.



Quelle: Eigene Aufnahme

Abb. 14: Der Rhododendronhain im Juni 2009.



Quelle: Eigene Aufnahme

Abb. 15: Das Rosenbeet im Juni 2009.

# Literaturverzeichnis

## Gedruckte Quellen

- Baeseler, Horst [u. a.]: Gestaltung von Freiräumen in Wohnbereichen. In: Architektur der DDR (1980), Heft 5, S. 290 - 304.
- Baeseler, Horst: Empfehlungen für die städtebauliche Planung von Freiflächen in Wohngebieten. In: Landschaftsarchitektur DDR (1972), Heft 3, S. 72 - 76.
- Bauer, Joachim: Entwicklung städtischer Freiflächensysteme als integraler Bestandteil des Städtebaus, 1850 – 1930. Beiträge zur räumlichen Planung Bd. 45, Hannover: Institut für Grünplanung und Gartenarchitektur 1996 (zugleich Dissertation Universität Hannover 1995), 269 S.
- Berning, Maria: Berliner Wohnquartiere. Ein Führer durch 70 Siedlungen, hrsg. v. Michael Braum, 3., grundlegend überarb. und erw. Aufl. Berlin: Reimer 2003, 379 S.
- Borngräber, Christian: Ost-Berliner Stadtentwicklung 1949 - 1961. In: IFP Stadtentwicklung Berlin nach 1945 (I). ISR Diskussionsbeiträge Nr. 17, hrsg. v. Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, 2. Aufl. Berlin 1986, S. 56 - 67.
- Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Forschungsband sozialistischer Städtebau, unveröffentlichter Forschungsbericht, Berlin 1971.
- Feder, Gottfried: Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung, Berlin: Springer 1939, 480 S.
- Flierl, Thomas: Berlin: Perspektiven durch Kultur, hrsg. v. Ute Tischler und Harald Müller, Berlin: Theater der Zeit 2007, 317 S.
- Gelbrich, Helmut: Die Bedeutung der Forschungsarbeiten Johann Greiners an der Bauakademie für die Freiraumplanung in der DDR. In: Freiraum Komplex. In memoriam: Prof. Dr. Johann Greiner, Landschaftsarchitekt, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2003, S. 12 - 45.
- Gerischer, Andrea: Biographisches der frühen Jahre oder „wie Johann Greiner Gärtner oder gar Landschaftsplaner wurde“. In: Freiraum Komplex. In memoriam: Prof. Dr. Johann Greiner, Landschaftsarchitekt, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2003, S. 65 - 69.
- Gißke, Erhardt [u. a.]: Städtebauliche, architektonische und künstlerische Konzeption zur Gestaltung des Ernst-Thälmann-Parks in Berlin, Hauptstadt der DDR. In: Architektur der DDR (1983), Heft 10, S. 594 - 598.
- Gißke, Erhardt (Hrsg.): Ernst-Thälmann-Park in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik. Fertiggestellt zu Ehren des 100. Geburtstages des Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, am 16. April 1986. Aufbau 1983, hrsg. v. der Baudirektion Hauptstadt Berlin des Ministeriums für Bauwesen, Berlin: Bauinformation 1986, 120 S.
- Gißke, Erhardt [u. a.]: Wohngebiet Ernst-Thälmann-Park fertig gestellt und in Besitz genommen. In: Architektur der DDR (1987), Heft 6, S. 16 - 22.

- Greiner, Johann: Ausgewählte Probleme der Freiflächengestaltung in sozialistischen Wohnkomplexen. Dissertation, Deutsche Bauakademie Berlin, 1958.
- Greiner, Johann; Karn, Heinz: Freiflächen in Städten. Beiträge zur Bearbeitung von Flächennutzungsplänen. Schriftenreihe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung, 1. Aufl. Berlin: Deutsche Bauakademie Sektion Städtebau und Architektur 1960, 62 S.
- Greiner, Johann: Freiflächenkennwerte, Bestand-Entwicklung. Beiträge zur Generalbebauungsplanung der Städte. Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur Heft 28, hrsg. v. der Deutschen Bauakademie zu Berlin, Berlin: Bauinformation 1969, 47 S.
- Greiner, Johann: Erholungsgebiete. In: Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte. 1979, Abschnitt 9, S. 235 - 260.
- Greiner, Johann: Vier Jahrzehnte Landschaftsarchitektur. In: Städtebau und Architektur in der DDR. Historische Übersicht. Teil 1. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Bauforschung-Baupraxis, H. 254 (1989), S. 89 - 95.
- Greiner, Johann: Freiflächenplanung für Städte in der ehemaligen DDR. Voraussetzungen und Möglichkeiten. In: Landschaftsarchitektur. Zeitschrift für Planung, Entwurf, Bau und Pflege von Freiräumen in Stadt und Landschaft, Braunschweig Thalacker (1991), Heft 1, S. 9 - 12.
- Gröning, Gert: Reinhold Lingner. In: Vom Baukünstler zum Komplexprojektanten. Architekten in der DDR. Dokumentation eines IRS-Sammlungsbestandes biographischer Daten, hrsg. v. Dietrich Fürst [u. a.], Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Berlin: IRS 2000, S. 145 - 146.
- Haeder, Alexander; Wüst, Ulrich: Prenzlauer Berg. Besichtigung einer Legende, Berlin: Edition q 1994, 307 S.
- IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: Abschrift der Wettbewerbsausschreibung, 1982, 6 S.
- IRS, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: Dokumentation zur Investitionsvorbereitung „Ernst-Thälmann-Park“, Berlin April 1983, 52 S.
- IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Helmut Stingl: Erläuterungen zum Wettbewerb, 1982, 19 S.
- IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Reinhold Lingner: Lebenslauf, November 1964, 3 S.
- IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Heidrun Günther: Architektenbiografien (1) – Erhard Stefke, o. J., 3 S.
- IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Nachlass Johann Greiner: Rüdiger Kirsten: Reinhold Lingner zum 85. Geburtstag, o. J., 5 S.
- IRS Erkner, Wissenschaftliche Sammlungen, Vorlass Erhardt Stefke: Studie zum Ernst-Thälmann-Park, Magistrat von Berlin, Hauptstadt der DDR, Bezirksbauamt, Chefarchitekt Korn, 1978, 7 S.

- Klaffke, Kaspar: Freiraumplanung. In: Handwörterbuch der Raumordnung, hrsg. v. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover: Verlag der ARL 1994, S. 319 - 323.
- Koepfen, Walter: Die Freiflächen der Stadtgemeinde Berlin. Denkschrift Nr. 2 der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Amt für Stadtplanung der Stadt Berlin, Berlin 1929, 48 S.
- Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohnungen. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, hrsg. v. Ministerium für Bauwesen, 1. Aufl. Berlin: Bauinformation, 1976, 76 S.
- Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Neubauwohnungen im Fünfjahrplanzeitraum 1981 - 1985. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, hrsg. v. Ministerium für Bauwesen, 1. Aufl. Berlin: Bauinformation, 1982, 75 S.
- Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986 - 1990, hrsg. v. Ministerrat der DDR, Berlin: Bauinformation 1985, 95 S.
- Kühne, Günther: Baugeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Berlin Handbuch. Das Lexikon der Bundeshauptstadt, hrsg. v. Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Berlin: FAB Verlag 1992, S. 220 - 247.
- Linke, Harald: Entwicklung der Freiräume in Wohngebieten als Folge der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. In: Komplexer Wohnungsbau und Freiflächen, Schriftenreihe der Bauforschung: Reihe Städtebau und Architektur, Heft 51, Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin: Bauinformation 1974, S. 17 - 19.
- Lohrberg, Frank: Stadtnahe Landwirtschaft in der Stadt- und Freiraumplanung. Ideengeschichte, Kategorisierung von Konzepten und Hinweise für die zukünftige Planung, Dissertation Universität Stuttgart 2001, 171 S.
- Münk, Dieter: Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. eine soziologische Untersuchung ideologisch fundierter Leitbilder in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches, Bonn: Pahl-Rugenstein 1993, (zugleich Dissertation Universität Bonn 1993), 497 S.
- Ohne Verfasser: Der Städtebau von 1945 bis 1959. In: Städtebau und Architektur in der DDR. Historische Übersicht. Teil 1. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Bauforschung-Baupraxis, H. 254 (1989), S. 10 - 13.
- Ohne Verfasser: Der Städtebau von 1960 bis 1971. In: Städtebau und Architektur in der DDR. Historische Übersicht. Teil 1. Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, Bauforschung-Baupraxis, H. 254 (1989), S. 16 - 20.
- Petsch, Joachim: Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich. Herleitung, Bestandsaufnahme, Entwicklung, Nachfolge, München [u. a.]: Carl Hanser Verlag 1976, 275 S.

- Richard, Winfried: Zwischen Stadtlandschaft und Bestandssicherung. Die Berliner Freiraumentwicklung nach dem 2. Weltkrieg. In: IFP Stadtentwicklung Berlin nach 1945 (I). ISR Diskussionsbeiträge Nr. 17, hrsg. v. Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, 2. Aufl. Berlin 1986, S. 148 - 163.
- Ritter, Ernst-Hasso: Freiraum, in: Handwörterbuch der Raumordnung, hrsg. v. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Hannover: Verlag der ARL 1994, S. 315 - 319.
- Schindler, Norbert: Gartenwesen und Grünordnung in Berlin. In: Berlin und seine Bauten. Teil XI Gartenwesen, Berlin [u. a.]: Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn 1972, S. 1 - 34.
- Schröter, Eugen [u. a.]: Zeiss-Grossplanetarium Berlin Ernst-Thälmann-Park 1985 bis 1987. Einweihung Oktober 1987 zum 750-jährigen Bestehen von Berlin, hrsg. v. der Baudirektion Hauptstadt Berlin des Ministeriums für Bauwesen, 1. Aufl. Berlin: Bauinformation 1987, 72 S.
- Schwenk, Herbert: Lexikon der Berliner Stadtentwicklung, hrsg. v. Hans-Jürgen Mende und Kurt Wernicke, Berlin: Haude & Spener 2002, 391 S.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Hrsg.): Berliner Pläne 1864 - 1994, Broschüre, S. 9.
- Städtebauliche und hochbauliche Planungen des industriellen Wohnungsbaus 1959 - 1989. Entwicklungskonzeptionen für Wohngebiete, Wohnbereiche und Wohngebäude, hrsg. v. Institut für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken e.V., Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag 1996, 129 S.
- Stingl, Helmut: Innerstädtischer Wohnungsbau „Ernst-Thälmann-Park“ in Berlin. In: Architektur der DDR (1985), Heft 4, S. 214 - 223.
- Stürmer, Rainer: Freiflächenpolitik in Berlin in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Sozial- und Umweltschutzpolitik einer modernen Industriestadt. Berlin-Forschung Bd. 25, Berlin: Berlin-Verlag Arno Spitz 1991, 359 S.
- Thiemann, H.: Zur Planung von Freiflächen und Freiräumen in Wohngebieten. In: Landschaftsarchitektur DDR (1979), Heft 8, S. 74 - 77.
- Martin, Wagner: Das sanitäre Grün der Städte. Ein Beitrag zur Freiflächentheorie, Berlin: Heymann Verlag 1915, (zugleich Dissertation, Königlich Technische Hochschule Berlin 1915), 92 S.
- Wagner, Martin: Städtische Freiflächenpolitik. Grundsätze und Richtlinien für Grösse und Verteilung der verschiedenen Arten von sanitärem Grün im Stadtplane mit besonderer Berücksichtigung von Gross Berlin. Schriften der Zentralstelle für Volkswirtschaft, Heft 11 der neuen Folgen, 1915, 92 S.
- Zutz, Axel: Erhard Stefke. In: Vom Baukünstler zum Komplexprojektanten. Architekten in der DDR. Dokumentation eines IRS-Sammlungsbestandes biographischer Daten, hrsg. v. Dietrich Fürst [u. a.], Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Berlin: IRS 2000, S. 226.

## Richtlinien

TGL 113-0373, Ausgabe: 1964. Freiflächen – Grundätze und Richtzahlen für die generelle Stadtplanung.

## Ungedruckte Quellen

Achenbach, Marina: Plötzlich ist er da (18.01.2002), URL:

<http://www.freitag.de/2002/04/02040401.php> (Stand: 25.06.2009).

Bienek, Karl H. P.: Georg Bela Pniower (2001). In: Die Siemensstadt - Ein Lexikon der Siemensstadt in Berlin, URL: <http://w3.siemens.de/siemens-stadt/pniower0.htm> (Stand: 25. Juni 2009).

Bienek, Karl H. P.: Martin Wagner (2001). In: Die Siemensstadt - Ein Lexikon der Siemensstadt in Berlin, URL: <http://w3.siemens.de/siemens-stadt/wagner0.htm> (Stand: 25. Juni 2009)

Bundeszentrale für politische Bildung: Die 16 Grundsätze des Städtebaus (o. J.), URL: [http://www.bpb.de/themen/RCVPOD,0,Die\\_16\\_Grunds%E4tze\\_des\\_St%E4dtebaus.html](http://www.bpb.de/themen/RCVPOD,0,Die_16_Grunds%E4tze_des_St%E4dtebaus.html).

Deutsches Historisches Museum: Albert Speer (o. J.), URL:

<http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/SpeerAlbert> (Stand: 25.06.2009).

Deutsches Historisches Museum: Ernst Thälmann (o. J.), URL:

<http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/ThaelmannErnst/index.html> (Stand: 25.06.2009).

Deutsches Historisches Museum: Gottfried Feder (o. J.), URL:

<http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/FederGottfried/index.html> (Stand: 25.06.2009).

Fraktion Die Linke.: Thomas Flierl (o. J.): [http://www.linksfraktion-berlin.de/fraktion/abgeordnete/thomas\\_flierl](http://www.linksfraktion-berlin.de/fraktion/abgeordnete/thomas_flierl) (Stand: 25.06.2009).

Gerda Breuer: Hendricus Theodorus Wijdeveld (o. J.), URL:

<http://www.gerdabreuer.de/Ausstel-lungen1992.html> (Stand: 25.06.2009).

Geschäftsgruppe Umwelt Wien: Der Wiener Grüngürtel (o. J.), URL:

<http://www.wien.gv.at/umwelt/natuerlich/100jahre.htm> (Stand: 25.06.2009).

Grün Berlin Park und Garten GmbH: Erholungspark Marzahn (o. J.), URL:

<http://www.gruen-berlin.de/marz/ErholungsparkMarzahn.php> (Stand: 25.06.2009).

Hassel, J.: Hans Felix Kammeyer (2003), URL: <http://www.dresden-pillnitzer.info/html/kammeyer.html>

(Stand: 25.06.2009).

IRS Erkner: Bestandsübersicht G – Horst Baeseler (o. J.), URL: [www.irs-net.de/download/profil/Bestandsuebersicht\\_Teil-G.pdf](http://www.irs-net.de/download/profil/Bestandsuebersicht_Teil-G.pdf)

(Stand: 25.06.2009).

- IT-Gruppe Geisteswissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München: CONF: Bauhaus und Mittelmeer (2007), URL: <http://www.docphilol.lmu.de/modules.php?name=News&file=article&sid=620> (Stand: 25.06.2009).
- Kempe, Wolfram: Notwendige Erinnerung. Gasometer reißt man nicht ab (April 2008), URL: [http://www.die-linke-pankow.de/politik/extradrei/jahrgang\\_2008/04/notwendige\\_erinnerung/](http://www.die-linke-pankow.de/politik/extradrei/jahrgang_2008/04/notwendige_erinnerung/) (Stand: 25.06.2009).
- Mail-Brandt, Maria: Peter Josef Lenné (o. J), URL: <http://www.gartenliteratur.de/Leselaube/persoent/lenne.html> (Stand: 25.06.2009).
- Munzinger-Archiv GmbH: Erhardt Gißke (1989), URL: <http://www.munzinger.de/search/portrait/Erhardt%20Gi%C3%9Fke/0/17188.html> (Stand: 25.06.2009).
- Ruthe, Ingeborg: Helden müssen 30 Tonnen wiegen. In: Berliner Zeitung (15. August 2003), URL: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/0815/feuilleton/0032/index.html> (Stand: 25.06.2009).
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bereich Kommunikation: Stadtpark Lichtenberg (o.J.), URL: [http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadt-gruen/gruenanlagen/de/gruenanlagen\\_plaetze/lichtenberg/stadtpark\\_lichtenberg/index.shtml](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/stadt-gruen/gruenanlagen/de/gruenanlagen_plaetze/lichtenberg/stadtpark_lichtenberg/index.shtml) (Stand: 25.06.2009).
- Stadtverwaltung Löbau: Der Architekt Hans Scharoun - Erinnerung (o. J.), URL: [http://www.hausschminke.de/netprodukt/web/html/deutsch/home\\_22\\_3\\_2.html](http://www.hausschminke.de/netprodukt/web/html/deutsch/home_22_3_2.html) (Stand: 25.06.2009).
- Tamkus, Mirko: Straßenverzeichnis – Danziger Straße (2006), URL: [http://www.alt-berlin.info/seiten/str\\_d\\_0.htm](http://www.alt-berlin.info/seiten/str_d_0.htm) (Stand: 25.06.2009).
- Tamkus, Mirko: Straßenverzeichnis – Nordmarkplatz (2006), URL: [http://www.alt-berlin.info/seiten/str\\_n\\_1.htm](http://www.alt-berlin.info/seiten/str_n_1.htm) (Stand: 25.06.2009).
- Tscheschner, Dorothea: Bauen ohne große Worte. In: Berliner Zeitung (13. Januar 2001), URL: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2001/0113/none/0062/index.html> (Stand: 25.06.2009).
- Wikipedia. Die freie Enzyklopädie: Heinrich Wiepking-Jürgensmann (März 2008), URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich\\_Wiepking-J%C3%BCrgensmann](http://de.wikipedia.org/wiki/Heinrich_Wiepking-J%C3%BCrgensmann) (Stand: 25.06.2009).
- Wikipedia. Die freie Enzyklopädie: Karl Bonatz (Mai 2008), URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Karl\\_Bonatz](http://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Bonatz) (Stand: 25.06.2009).
- Wikipedia. Die freie Enzyklopädie: Walter Rossow (November 2008), URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Walter\\_Rossow](http://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Rossow) (Stand: 25.06.2009).

## Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbständig angefertigt habe. Es wurden nur die in der Arbeit ausdrücklich benannten Quellen und Hilfsmittel benutzt. Wörtlich oder sinngemäß übernommenes Gedankengut habe ich als solches kenntlich gemacht.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift